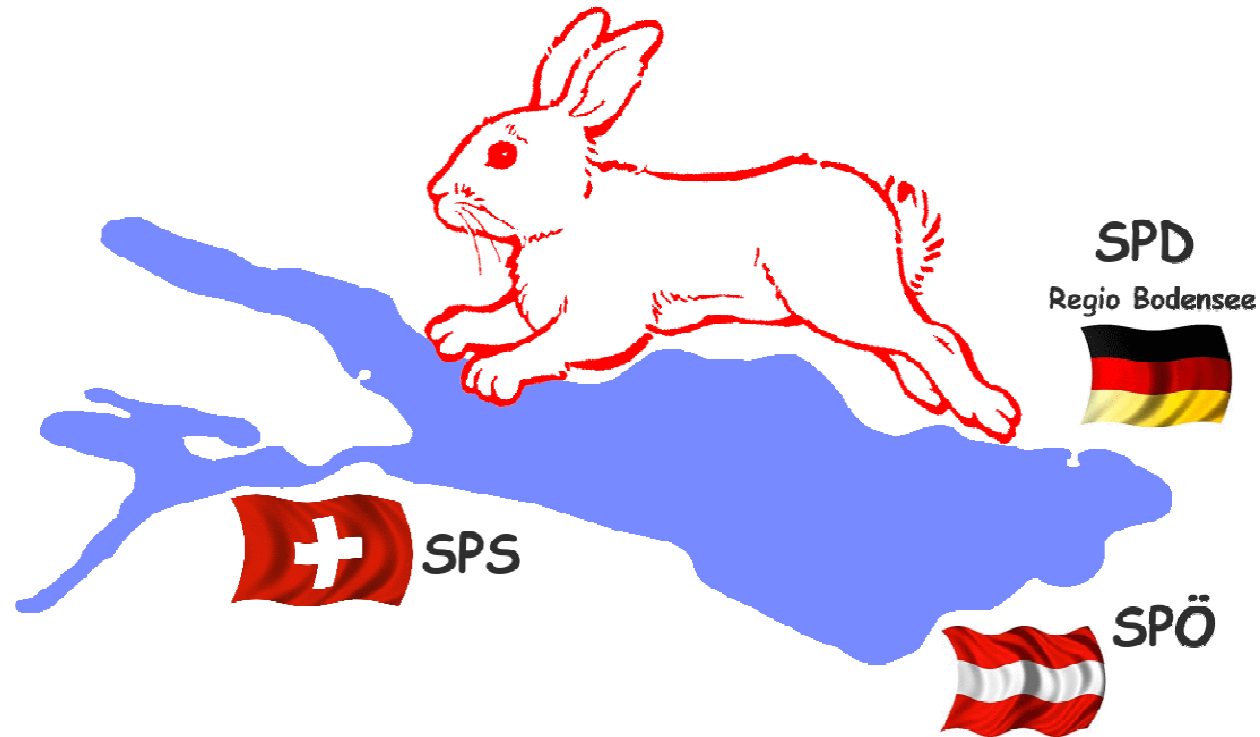


„Der Rote Seehas“

Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion



Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org

Ausgabe: 160

08.06.2015

EDITORIAL

Der Weltgemeinschaft, auch UNO genannt, scheint zurzeit niemand so recht zu vertrauen. Wie kann es sonst eine derartige Häufung von Problemen geben, die einfach liegen bleiben? Liegt hier nicht ein Konstruktionsfehler zugrunde, dass uneinige Vetomächte jede Lösung verhindern können? Fast seit Beginn existiert das Palästina-Problem. Eine kurze Aufzählung: Flächenbrand in der Nahostregion, Flüchtlingsprobleme, Banken- und Währungskrisen, geknebelte Volkswirtschaften in Afrika, neue Formen von Kriegen s. Ukraine.

Dass Religion gerne Politik beeinflusst hat, ist nicht neu – dass eine ganze Weltreligion in Geiselschaft genommen werden soll, zeigt gerade das Modell des Kalifats des IS. Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Wahabiten und IS? Wahabiten unterstützen die Monarchie in Saudi Arabien. IS will das Kalifat der 1. 4 Kalifen wieder errichten mit mittlerweile bekannten Formen und Methoden.

Betrachtet man EU und UN nebeneinander, fällt auf, dass beide Projekte, einmal mit großen Hoffnungen begonnen, mehr und mehr von egoistischen Haltungen ausgebremst werden. Was uns Europäer betrifft: da wir nicht mehr auf „Anfang“ zurück können, bleibt uns nur der Weg der Überwindung des Nationalismus und des Aufbaus bundesstaatlicher Strukturen mit allen monetären, fiskalischen wirtschaftlichen Konsequenzen. Natürlich kann Europa auch zu einem bedeutungsarmen Anhängsel Eurasiens verkümmern.

Übrigens, Russland gehört zu Europa (nicht nur geografisch), auch wenn Herr Putin etwas andere Vorstellungen pflegt. Akzeptabel sind seine Verletzungen des Völkerrechts jedenfalls nicht. Das liegt wohl auch daran, dass der Begriff Demokratie mancherorts eigenwillig verdreht wird.

Warum gibt es eigentlich kein Insolvenzrecht für Staaten? Die Euro-Länder haben ein riesiges Rettungsunternehmen für Griechenland aufgesetzt. Um die 300 Mrd. € sind geflossen – meist direkt an die Gläubiger. Reformen soll Griechenland durchführen (ein Staat, der nur dem Namen nach Staat ist, braucht Aufbau von Strukturen, keine Reformen!). Warum zahlen die Super-

Reichen dort eigentlich keine Steuern, wie ist es mit der Kirche als größter Grundbesitzer des Landes?

Der breit gefächerte Themenstrauß beim Gipfel von G-7 auf Schloss Elmau zeigt auf, dass es sich um ein Treffen unter Freunden handelt, die möglicherweise hauptsächlich gemeinsame Interessen suchen. In der Kürze der Zeit können keine Lösungen irgendwelcher Probleme erwartet werden. Die Bedeutung liegt eher im Atmosphärischen.

Mit der Halbzeit der GroKo scheint eine Atempause einzutreten, die Hauptthemen sind abgearbeitet, für eine Bilanz ist es teilweise (Mindestlohn) zu früh- die Maut wird, wie erwartet, EU und Verfassungsgericht beschäftigen. Das Thema Vorratsdatenspeicherung scheint auch weiterhin die Gemüter erregen. An der Glaubwürdigkeit der Kanzlerin haften die Zweifel zu ihrer Aussage beim Thema No-Spy – Abkommen.

Die Streiks (Bahn, Post, ErzieherInnen) zeigen ein aufkommendes Unwohlsein in der Arbeitnehmerschaft: die Vergütung der Arbeitsleistung reicht bei Vielen nicht mehr für einen angemessenen Lebensunterhalt – geschweige denn zur Vermeidung von Altersarmut. Das reichste Land Europas tut zu wenig für die Zukunft des Landes!

Frühjahr 2016: Landtagswahl. Wahlkampfthemen: Gute Arbeit – Zeit für Familie – Bildungsgerechtigkeit.

Wie sieht es aus zwischen Donau und Bodensee? Einheitlich sind die Verkehrsprobleme, die schon Jahrzehnte – lang die Bevölkerung beschäftigen. Die Elektrifizierung der Südbahn Ulm – FN – Lindau müsste schon deshalb endlich anlaufen, da das Land selbst mit im Boot (finanziell) sitzt. Ähnliches gilt auch für die Bodenseegürtelbahn, die zusammen mit der Schweiz zur Bodensee-S-Bahn ausgebaut werden könnte. Nicht zuletzt warten B 30neu und B31 mit dem Nadelöhr Hagnau auf eine Lösung.

Es grüßt Sie die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König und Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Editorial – Inhaltsverzeichnis - EU : "EU-Beihilferecht endlich umfassend als schärfstes Schwert gegen staatlich organisiertes Steuerdumping nutzen" - Hilfe für Frauen und ihre Familien in NEPAL - "Volle Kraft Richtung Gleichstellung!"	2, 3, 4-6
- Online-Handel vereinfachen, Breitbandausbau fördern - "Whistleblower gehören in öffentlichem Interesse geschützt!"	6 - 7
- Digitalstrategie konkretisieren - Verbraucherschutz in Europa verbessern - "Schluss mit anonymen Briefkastenfirmen"	7 - 9
- "Ein Schlag ins Gesicht der Frauen Europas" - "Europaparlament widersetzt sich dem Druck der Großbanken"	9-10
- Neues aus dem Europäischen Parlament -Mai-	11
- SPÖ Österreich SPÖ Vorarlberg : SPÖ möchte geänderte Familiendefinition in Landesverfassung - SPÖ kritisiert Landwirtschaftskammer	12-13
- Grünes Licht für Gemeinsame Schule Vorarlberg - Schnelles Handeln gegen Wohnungslosigkeit - Themessl-Provokation für SPÖ inakzeptabel - Jessica Sormann aus Bregenz gewinnt Wienreise - Die Gemeinsame Schule – wir schreiten voran	13-15
- SP Schweiz : - SP Kanton SG : „Chancen für alle: Löhne, Renten, Menschenrechte“ SP SG nominiert Paul Rechsteiner für Ständerat	16-17
- Probleme erkannt – und trotzdem keine Massnahmen für mehr Prämienverbilligung für den Mittelstand	17
- Autokrat Kagame als Stargast am 45. St.Gallen Symposium der Universität St.Gallen - Keine Verzögerung! Massnahmen zur Gewaltprävention - Problem hohe Krankenkassenprämien erkannt – Kopf in den Sand gesteckt!	18-21
- SP Kanton AI : Gedenk Anlass für Frieden und Demokratie – Erbschaftssteuer, fair und liberal - Dank Fairness tiefere Gebühren	22-25
- Verbot ist widersprüchlich - Zugang zu Bildung mindert Fachkräftemangel	25-26
- Deutschland : Wir wollen die Ehe für alle – jetzt! - „All das Chaos war das Ergebnis von Politik“	27
- SPD Baden-Württemberg : Neue Vorschläge von EU-Handelskommissarin Malmström zu Investorenschutz und Streitbeilegung bei TTIP	28
- Südwestfalen-Lippe Region Bodensee-Oberschwaben : Handbremse bitte lösen!	29-30
- Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum	30
- SPD-Bodenseekreis : SPD-Kreistagsfraktion zu Besuch bei Kreishandwerkerschaft - Zur Ablehnung der Reform der Kommunalverfassung durch MdL Müller (CDU) - Der Ortsverein bleibt seinem Programm treu - Alle haben etwas gelernt - SPD-Kreistagsfraktion informiert sich über Trasse der B 30neu - WAS LANGE WÄHRT, WIRD HOFFENTLICH ENDLICH GUT...	31-36
- SPD KV BC und MdB Martin Gerster : Gerster tauscht sich mit georgischer Außenministerin aus - „Zwei Drittel der Frauen und die Hälfte der Männer werden pflegebedürftig“ - Neues Programm gegen Einbrüche - Gerster schreibt für Lokale Agenda Biberach 21 an Bundesfamilienministerin - Große Koalition für Großholzleute	37-40
- SPD Kreis Ulm, Alb-Donau Kreis, MdB Hilde Mattheis : 2 Millionen Euro für Städtebauförderung - Barrieren abbauen und Teilhabe ermöglichen - Beste deutsche junge Uni: Mattheis gratuliert der Uni Ulm - Mehr Anerkennung für Erzieherinnen und Erzieher	41-42
- Mattheis begrüßt weitere Entlastung der Kommunen - Mattheis will berufliche und akademische Bildung gleichwertig behandeln	42-43
- Unbeschwertes Lachen beim Mitmachzirkus für Flüchtlingskinder	43-44
- SPD Kreis Konstanz, MdL Hans-Peter Storz : Jedes Kind ist wichtig	45
- DL21: NEWSLETTERS vom 19. 05.2015 und vom 02.06.2015	46-48
- Impressum	49

Europa

S&D Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Peter SIMON:

"EU-Beihilferecht endlich umfassend als schärfstes Schwert gegen staatlich organisiertes Steuerdumping nutzen"

EU-Kommission will Forderung der Sozialdemokraten aufgreifen

Die EU-Kommission will im Kampf gegen staatlich organisierte Steuervermeidung die sozialdemokratische Forderung nach einer umfassenden Nutzung des EU-Beihilfenrechts aufgreifen. Das gab EU-Wettbewerbskommissarin Magrethe Vestager auf Nachhaken des baden-württembergischen SPD-Europaabgeordneten **Peter SIMON** in der Sitzung des TAXE-Sonderausschusses am Dienstag bekannt. „Es wird Zeit, dass die Europäische Kommission endlich das scharfe Schwert des EU-Beihilfenrechts auch bei Steuerfragen viel stärker nutzt als bislang. Durch klare Vorgaben zur Anwendung der EU-Beihilferegelungen, kann sie ein für alle Mal unmissverständlich klarstellen, dass die steuerliche Sonderbehandlung bestimmter Unternehmen illegal ist“, unterstreicht **Peter SIMON**, Sprecher der S&D-Fraktion. "Schon allein aus Furcht vor den drastischen Konsequenzen würden Unternehmen und Mitgliedsstaaten vor solch staatlich organisiertem Steuerdumping künftig zurückschrecken", so **Peter SIMON** weiter.

"In anderen Bereichen wie beispielsweise der Finanzierung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sieht sich die EU-Kommission auch in der Lage,

durch entsprechende Leitlinien noch das kleinste Detail zu regeln", erläutert **Peter SIMON**. "Warum sollte sie dann im Bereich Steuerabsprachen hierzu nicht fähig sein? Die EU-Kommission kann rechtlich und faktisch ebenso stringente Leitlinien auch für die Unternehmensbesteuerung setzen und daraus einen wirkungsvollen Standard im Kampf gegen staatlich organisierte Steuervermeidung einführen. Die EU-Kommission hat dafür alle Karten in der Hand. Es ist keine Frage mehr des Könnens sondern nur noch des Willens."

Doch noch zögert die EU-Kommission, solche Leitlinien sofort auf den Weg zu bringen. Ihr Argument, diese erst nach weiteren Einzelfallentscheidungen erarbeiten zu können, stößt beim stellvertretenden Vorsitzenden des Wirtschafts- und Währungsausschusses auf Unverständnis. "Die Europäische Kommission steht jetzt in der Verantwortung, umgehend solche Leitlinien zu erstellen. Die kann sie dann nach neuen Einzelfallentscheidungen im Bedarfsfall immer wieder entsprechend anpassen und aktualisieren. Aber nur durch sofortiges Handeln kann sie ein klares Signal der Nulltoleranz für unzulässige Beihilfen an die Mitgliedstaaten, große weltweit agierende Unternehmen sowie die großen internationalen Beratungsfirma. Deshalb werden wir Sozialdemokraten nicht locker lassen: Leitlinien jetzt!", so **Peter SIMON** abschließend.

Brüssel, 05.05.2015

Für weitere Informationen: Büro Peter Simon, MdEP

SPENDENAUFBRUF:

Hilfe für Frauen und ihre Familien in NEPAL

Der Marie-Schlei-Verein arbeitet seit 15 Jahren mit der Partnerorganisation Women's Foundation of Nepal (WFN) vertrauensvoll zusammen. Die Women's Foundation ist schon seit Tagen dabei Lebensmittel, Decken, Matratzen, Wasser und Hygieneartikel sowie Babynahrung in Dörfern der Distrikte Bakthapur, Kavre und Sindhupalchowk zu verteilen. Diese drei Distrikte sind mit am schwersten betroffen von dem Erdbeben am 25. April 2015. Dort kommt von der Regierung überhaupt keine Hilfe an. Durch seine 25.000 Mitglieder ist die Women's Foundation sehr gut vernetzt und hat daher zuverlässige Informationen über die dringendsten Bedarfe der Frauen

und ihrer Familien. Der Marie-Schlei-Verein will dabei helfen, den Frauen und ihren Familien bei der Bewältigung der konkreten Not und langfristig beim Wiederaufbau einer Lebensgrundlage zu helfen. Deshalb bitten wir um Ihre finanzielle Unterstützung. Helfen Sie helfen!

Der Marie-Schlei-Verein garantiert, dass jede der Spenden mit dem Stichwort „**WFN Nepal**“ den Frauen und ihren Familien in Nepal zu Gute kommt und werden über die Arbeit der Women's Foundation weiterhin berichten.

STICHWORT: WFN Nepal

Spenden Sie über unser Spendenkonto
IBAN: DE92 2069 0500 0000 6020 35
BIC: GENODEF1S11
Sparda Bank Hamburg

Oder online über die Homepage des Marie-Schlei-Vereins:
www.marie-schlei-verein.de

Mit freundlichen Grüßen,
Prof. Dr. h. c. Christa Randzio-Plath
Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins

Marie-Schlei-Verein e. V.
Grootsruhe 4, D-20537 Hamburg
Tel. +49 40 4149 6992, Fax +49 40 4149 6993
marie-schlei-verein@t-online.de
www.marie-schlei-verein.de

Unterstützen Sie uns jetzt durch Ihre Online-Einkäufe - ohne Extrakosten!
Einfach über folgenden Link shoppen gehen:
https://www.boost-project.com/de/shops?charity_id=1723&tag=sig

06.05.2015 über: **Frederick Wunderle, Leiter Europabüro Künzelsau**
Assistent von Evelyne Gebhardt MdEP



Maria NOICHL:

"Volle Kraft Richtung Gleichstellung!"

Frauenausschuss im Europaparlament setzt Kurs für zukünftige europäische Gleichstellungspolitik

Das Europäische Parlament sagt der Diskriminierung von Frauen den Kampf an – und zwar in allen Lebensbereichen. Mit einer großen Mehrheit hat der Frauenausschuss den Bericht zur neuen Gleichstellungsstrategie am Mittwoch in Brüssel angenommen. Unter Federführung der SPD-Europaabgeordneten Maria Noichl fordern die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, dass die neue Strategie die gleichstellungspolitischen Weichen in der EU für die nächsten fünf Jahren stellt und Prioritäten, Handlungsfelder und Maßnahmen zur Stärkung der Rechte von Frauen und für die Gleichstellung der Geschlechter festlegt.

"Es geht in diesem Bericht nicht nur um zwei oder drei Details der Gleichstellung, sondern um ein Gesamtpaket. Wir müssen Diskriminierungen und strukturelle Benachteiligungen in allen Lebensbereichen gleichzeitig angehen, sonst werden wir diese Missstände nie beseitigen", erklärt **Maria Noichl**, SPD-Europaabgeordnete und Berichterstatterin im Europäischen Parlament für die Gleichstellungsstrategie. "Der Versuch einiger konservativer Abgeordneter, den Bericht auf einzelne Punkte zu begrenzen und so Stimmung gegen eine ganzheitliche Strategie zu machen, ist ins Leere gelaufen", freut sich die SPD-Europaabgeordnete. Teile der konservativen Fraktion hatten das im Bericht geforderte Recht auf körperliche Selbstbestimmung als Anlass genommen, um gegen den Bericht in seiner Gesamtheit mobil zu machen.

"Es stimmt mich für den weiteren Verlauf optimistisch, dass eine doch so breite Mehrheit im Ausschuss den Bericht unterstützt hat. Das war nicht von Anfang an klar, weshalb wir uns in den Verhandlungen an vielen Stellen kompromissbereit gezeigt haben", so **Maria Noichl**. Rund 450 Änderungsanträge hatten dazu geführt, dass die Verhandlungen langwierig und schwierig verlaufen seien.

Schließlich sei es viel zu wichtig, dass das Europäische Parlament ein unmissverständliches Signal setze, um den Druck auf die EU-Kommission zu erhöhen. In den vergangenen Wochen und Monaten hatten sich nämlich die Zeichen gemehrt, dass die oberste EU-Behörde keine neue Gleichstellungsstrategie vorschlagen wolle.

"Die Gleichstellung der Geschlechter muss eine erklärte Priorität der EU sein. Für Europas Frauen steht viel auf dem Spiel", so **Maria Noichl**.

Voraussichtlich im Juni soll das Plenum über den Bericht entscheiden. Die Kommission hat dann nach Ablauf der bisherigen Strategie zum Ende dieses Jahres die Möglichkeit einer Neuauflage vorzustellen.

06.05.2015

Weitere Informationen:
Büro Maria Noichl, MdEP und Algara Stenzel (Pressesprecherin)

Evelyne Gebhardt:

Online-Handel vereinfachen, Breitbandausbau fördern

Europa-SPD drängt zu Nachbesserungen bei der neuen EU-Digitalstrategie

Die EU-Kommission stellte am Mittwoch ihre lang angekündigte Strategie für einen digitalen Binnenmarkt vor.

„Endlich legt die EU-Kommission konkrete Vorschläge vor, die den zersplitterten europäischen Binnenmarkt verbinden und so international wettbewerbsfähig machen können“, sagt **Evelyne Gebhardt**. Die Sprecherin der

Sozialdemokraten für Binnenmarkt und Verbraucherschutz begrüßt die Initiative vorsichtig optimistisch.

Beim Online-Handel von Waren und digitalen Inhalten im Internet soll demnach ein einheitliches Gewährleistungsrecht geschaffen werden. „Dies wird es Händlern einfacher machen, ihre Waren online grenzüberschreitend anzubieten. Gleichzeitig würde dies die Rechte und Ansprüche der Käufer stärken“, so **Evelyne Gebhardt**. Skeptisch ist die Sozialdemokratin hinsichtlich der Umsetzung der Ankündigungen und anderer Punkte der Digitalen Agenda.

So müssten die Verbraucher beim Online-Shopping, unabhängig von Wohnsitz oder Staatsangehörigkeit, zu denselben Bedingungen und zum selben Preis einkaufen können. „Aktuell kann die gleiche Kaffeemaschine für einen Franzosen unabhängig von den Versandkosten wesentlich mehr als für einen Deutschen kosten, je nachdem, aus welchem EU-Mitgliedstaat der Verbraucher bestellt“, sagt **Evelyne Gebhardt**. „Hier verlangen wir von der EU-Kommission eine effektive und schnelle Umsetzung ihrer Nachbesserungsvorschläge.“

EU-Kommissar Oettinger, zuständig für die europäische Digitalwirtschaft, betonte in seiner Aussprache mit dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, die nur einen Tag nach der Vorstellung der digitalen Strategie der Kommission stattfand, dass Milliardeninvestitionen in den Breitbandausbau gehen müssten. Es sei einleuchtend, dass ein reibungslos funktionierender digitaler Binnenmarkt von einer perfekten Infrastruktur abhängt. **Evelyne Gebhardt**, sozialdemokratische Koordinatorin im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, begrüßt diese Einsicht der Kommission: „Wir brauchen staatliche und europäische Förderungen von neuesten Technologien. Wenn wir jetzt noch glauben, Kupfer sei ausreichend, müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass schon bald ein flächendeckendes Glasfasernetz vorausgesetzt wird“. Eine schnelle Festlegung von Förderkriterien sei deshalb notwendig, um insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen zu fördern und die Standortsicherung der Industrie zu festigen.

„Die Privatwirtschaft profitiert am meisten von dem erwünschten Breitbandausbau, deswegen soll sie es auch sein, die diesen maßgeblich finanziert, allerdings gehört der schnelle Zugang zum Internet für die Bürger mittlerweile zur Daseinsvorsorge“, meint **Evelyne Gebhardt**. Dies bedeute, dass die öffentliche Hand Lücken füllen müsse, um eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen.

Brüssel, 07.05.2015

Weitere Informationen:

Büro Gebhardt, Jan Rößmann (Pressesprecher)

Peter SIMON:

"Whistleblower gehören in öffentlichem Interesse geschützt!"

TAXE-Sonderausschuss befragt Informanten und investigative Journalisten zu Steuerskandalen

Whistleblower und investigative Journalisten, die im Dienste der Allgemeinheit und damit im öffentlichen Interesse Missstände aufdecken, müssen EU-weit rechtlich geschützt werden. Dies forderten die SPD-Europaabgeordneten im TAXE-Sonderausschuss, der sich mit den umstrittenen Steuerpraktiken in Luxemburg und anderen EU-Staaten beschäftigt, bei einem Meinungsaustausch mit Whistleblowern (zu deren Schutz in nicht-öffentlicher Sitzung) und investigativen Journalisten am Montag. Diese hatten diverse Steuerskandale ans Tageslicht gebracht. Einige von ihnen wurden deshalb unter anderem im Zuge der LuxLeaksaffäre in Luxemburg für die Weitergabe von gestohlenen Informationen strafrechtlich verfolgt. Viele von ihnen hatten zudem extreme berufliche Nachteile zu erleiden.

"Wo ständen wir denn in unserem Kampf gegen staatlich organisiertes Steuerdumping ohne die Whistleblower und investigativen Journalisten?", unterstreicht der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**, Sprecher der S&D-Fraktion im TAXE-Sonderausschuss. "Wir würden weiterhin im Dunkeln tappen und diese Steuersparmodelle auf Kosten der Allgemeinheit würden weiter im Geheimen laufen. Dass die EU-Kommissionstagegen überhaupt ermittelt, ist allein diesen mutigen Menschen zu ver-

danken. Sie haben der Gesellschaft und dem Gemeinwohl einen großen Dienst erwiesen."

"Was den Informanten und den Journalisten da von staatlicher Seite widerfährt, ist ein Unding", kritisiert **Peter SIMON**. "Wer für das Gemeinwohl ohne Eigeninteresse auf Missstände hinweist, der gehört geschützt und nicht rechtlich verfolgt", fordert der stellvertretende Vorsitzende des EP-Wirtschafts- und Währungsausschusses. "Das gilt für Informanten ebenso wie für Journalisten. Dass diese für ihre Zivilcourage auch noch staatlicher Repression unterliegen, ist schlichtweg nicht hinnehmbar. Die Europäische Kommission muss endlich einen europaweiten rechtlichen Rahmen vorlegen, der solche Personen vor rechtlicher Verfolgung schützt."

Brüssel, 11.05.2015

Weitere Informationen: Büro Simon, MdEP

Evelyne Gebhardt und Constanze Krehl:

Digitalstrategie konkretisieren

Europa-SPD drängt zu Sozialstandards und begrüßt europäische Cloud

Andrus Ansip stand als Vizekommissionspräsident für den digitalen Binnenmarkt dem Europäischen Parlament am Dienstag Rede und Antwort zu der in diesem Monat von ihm vorgestellten neuen EU-Digitalstrategie.

„Die Europäische Kommission ist endlich aufgewacht und hat das Thema Digitale Agenda zur Priorität gemacht“, sagt **Evelyne Gebhardt**, Sprecherin der Sozialdemokraten für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, „nach Jahren der parlamentarischen Aufforderungen“. Die Sozialdemokratin kritisiert jedoch die schwache Konkretisierung der Kommissionsansätze. „Die aktuellen Vorschläge zur gezielten Harmonisierung des Online-Handels oder Verbraucherschutzes in der EU sind nebulös“, beklagt **Evelyne Gebhardt**. „Die EU-Kommission hat einige Phänomene der Digitalisierung vollständig ignoriert, so etwa Plattformen wie Airbnb oder UBER, die gesamte Sharing Economy. Sozial- und Gewerberecht, das Arbeitnehmer vor unfreiwilligem

Lohndumping und prekärer Arbeit schützt, darf bei begrüßenswerten neuen Geschäftsmodellen nicht umgangen werden.“

Die EU-Kommission hat im Rahmen der Digitalstrategie angekündigt, im Laufe des kommenden Jahres Vorschläge für die Inbetriebnahme einer europäischen Cloud vorzulegen. Auch soll der Anbieterwechsel zwischen Cloud-diensten erleichtert werden.

„Eine europäische Cloud kann eine der richtigen Antworten auf die Entwicklung zu einer datenbasierten Wirtschaft sein“, sagt **Constanze Krehl**, Sprecherin der Europa-SPD für die digitale Agenda im Industrie-Ausschuss. „Besonders Universitäten, Forschungszentren und forschungsintensive kleine und mittlere Unternehmen können davon profitieren. Auf einem vernetzten Kontinent müssen Forscher ihre wissenschaftlichen Ergebnisse barrierefrei austauschen und ihre Daten sicher und diskriminierungsfrei speichern können, ebenso wie jeder andere Bürger. Die EU-Kommission sollte die europäischen Forschungszentren frühzeitig in die Erarbeitung ihrer Vorschläge einbeziehen.“ Die Sozialdemokratin fordert diesbezüglich auch eine richtige Strategie für die weitere Digitalisierung der Wirtschaft. „Der Übergang hin zu einer intelligenten, vernetzten Produktion ist der Kern der Industrie 4.0 und eine der großen Herausforderungen für die EU. Die Kommission muss jetzt eine klare Analyse der Chancen und Risiken von Industrie 4.0 vornehmen. Daran fehlt es bisher ebenso wie an einer Strategie, wie die digitalisierte Industrie nachhaltiges Wachstum schaffen kann.“

Straßburg, 19.05.2015

Weitere Informationen:

Büro Gebhardt, Büro Krehl und Jan Rößmann (Pressesprecher)

Evelyne Gebhardt:

Verbraucherschutz in Europa verbessern

**Hohenloher Europaabgeordnete zur
Verwaltungsratsvorsitzenden des Zentrums für
Europäischen Verbraucherschutz (ZEV) gewählt**

Evelyne Gebhardt ist neue Vorsitzende des Verwaltungsrates des Zentrums für Europäischen Verbraucherschutz (ZEV). Dies ergab die Mitgliederversammlung am Montag in Kehl. „Ich freue mich sehr“, so die SPD-Politikerin aus Schwäbisch Hall über ihre einstimmige Wahl an die Spitze des Gremiums.

Sie habe die Aufgabe gerne übernommen, weil das ZEV großartige Arbeit für die Verbraucher und Verbraucherinnen leiste und weil es eines ihrer wichtigsten politischen Anliegen sei, den Verbraucherschutz auf europäischer Ebene zu verbessern. „Gerade auf diesem Gebiet kann die Europäische Union beweisen, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern Vorteile bringt“, betont die verbraucherpolitische Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament.

Umso mehr ärgere sie sich, wenn die EU-Mitgliedstaaten wieder einmal Fortschritte blockierten oder gar versuchten, bereits Erreichtes wieder zurückzunehmen – so wie jüngst bei den Roaminggebühren. „Es ist verbraucherfeindlich, absolut inakzeptabel und aus der Zeit gefallen, was die Regierungen hier veranstalten. Wir brauchen endlich auch auf dem Gebiet der Telekommunikation ein grenzenloses Europa, die Roaminggebühren müssen weg!“, macht **Evelyne Gebhardt** deutlich. Die EU-Mitgliedstaaten hatten sich vor wenigen Tagen darauf verständigt, an den Zusatzgebühren für Telefonate, SMS und die mobile Internetnutzung im sogenannten EU-Ausland festhalten zu wollen. Mittlerweile steht ein neuer Vorschlag im Raum.

Als Verwaltungsratsvorsitzende werde sie sich dafür einsetzen, dass das ZEV seine erfolgreiche Arbeit für die Interessen der Verbraucher und Verbraucherinnen fortsetzen kann, so **Evelyne Gebhardt** abschließend.

Info:

Das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Kehl. Mehr Informationen unter www.cec-zev.eu.

Künzelsau, den 20. Mai 2015

Evelyne Gebhardt, MdEP

Europabüro | Keltergasse 47 | D-74653 Künzelsau

Peter SIMON:

"Schluss mit anonymen Briefkastenfirmen"

EU verschärft Kampf gegen Geldwäsche

Das Plenum des Europaparlaments hat am Mittwoch in Straßburg mit großer Mehrheit strengere Regeln gegen Geldwäsche zugestimmt.

"Schätzungsweise 1.600 Milliarden Dollar werden pro Jahr gewaschen – das entspricht fast drei Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Allein in Deutschland sind es bis zu 57 Milliarden Euro jährlich. Zukünftig haben wir EU-weit effektivere Regeln, um diesen Kriminellen das Handwerk zu legen", stellt der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**, sozialdemokratischer Verhandlungsführer, klar.

Die neue EU-Anti-Geldwäsche-Gesetzgebung umfasst unter anderem die europaweit verpflichtende Einführung von zentralen, öffentlichen Registern mit relevanten Informationen zum sogenannten wirtschaftlichen Berechtigten von Unternehmen aller Rechtsformen. "Das ist eine zentrale Errungenschaft im Kampf gegen Geldwäsche, denn solche Register gab es bisher nicht", unterstreicht **Peter SIMON**, stellvertretender Vorsitzender des Wirtschafts- und Währungsausschusses. "Dabei ist gerade die Feststellung der Identität des Kunden Dreh- und Angelpunkt im Kampf gegen Geldwäsche. Allein dem Europaparlament ist es zu verdanken, dass wir hier zukünftig deutlich mehr Transparenz haben. Die Mitgliedstaaten haben sich zunächst erbittert dagegen gewehrt", so **Peter SIMON weiter**. "Mit den Registern kommt endlich Licht in die obskure Welt der verschachtelten Unternehmenskonstrukte und Briefkastenfirmen. Die wahren Nutznießer können sich nicht länger hinter der schützenden Anonymität verstecken."

Entgegen der Forderung der Europaabgeordneten nach einer zeitnahen europaweiten Verknüpfung der nationalen Register sollen die technischen Möglichkeiten dazu aber nach jetziger Planung erst in vier Jahren von der EU-Kommission geprüft werden. "Auch an Landesgrenzen darf der Informationsfluss nicht Halt machen", fordert **Peter SIMON**. "Eine zeitnahe letztend-

liche Vernetzung der Register ist daher wichtig. Denn das erleichtert die Arbeit der Ermittler. Hier bleibt also eine offene Baustelle an der wir weiter arbeiten müssen."

Straßburg, 20.05.2015

Weitere Informationen:
Büro Simon, MdEP

Maria NOICHL:

"Ein Schlag ins Gesicht der Frauen Europas"

Der letzte Versuch die Mutterschutzrichtlinie zu retten hat keine Früchte getragen

In der vorerst letzten Aussprache zum Thema Mutterschutz machte die Vertreterin des Rats unmissverständlich deutlich, dass der Richtlinienvorschlag für einen rechtlich verbindlichen Mutterschutz, von mindestens 18 beziehungsweise 20 Wochen, weiterhin keine Mehrheit unter den Mitgliedstaaten findet. Die Kommission unterstrich daraufhin, dass der Vorschlag im nächsten Monat zurückgezogen werden soll. Die Europaabgeordneten zeigten sich über die Argumentation beider Institutionen verärgert und das Europäische Parlament kritisierte in einer Entschließung, dass das Machtspiel des Rates nicht zu akzeptieren sei.

"Über Jahre hinweg kritisierte der Rat an dem Vorschlag, dass die vorgeschlagene Dauer und Entlohnung des Mutterschutzes zu weit gehe. Das EU-Parlament ist dem Rat in dieser Frage aber wiederholt entgegengekommen. Dass der Vorschlag nun plötzlich nicht mehr weitreichend genug sein soll, ist widersprüchlich", meint **Maria NOICHL**, frauenpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten. Die Sozialdemokratin unterstreicht, dass das Europäische Parlament mehrfach Kompromissbereitschaft und Zugeständnisse signalisiert hat, um das wichtige Projekt voran zu bringen: "Der Rat hat uns im Regen stehen lassen. Deshalb haben wir heute im Parlament für eine Entschließung gestimmt, die das Verhalten des Rats kritisiert. Unabhängig von der Tatsache, dass diese Herausögerungstaktik - mit dem Ziel, den Vorschlag zurückzuziehen - ein Schlag ins Gesicht aller Frauen und Mütter in

Europa ist, ist er auch ein Schlag in das Gesicht des Europäischen Parlaments."

Sollte die Kommission den Vorschlag, wie angekündigt, zu Beginn des kommenden Monats zurückziehen, würde ein schwerwiegender Präzedenzfall geschaffen, bei dem eine Institution von einer anderen übergangen wird. Dies würde nicht nur auf die zukünftige Zusammenarbeit der Institutionen gravierende Auswirkungen haben, sondern auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU nachhaltig schwächen. Diese Missstände kritisiert die heute verabschiedete Entschließung.

Obwohl die Bewältigung der sozialen und demographischen Probleme ganz oben auf der europäischen Agenda stünde, würde "Gleichstellungspolitik in Zeiten der Krise oft hinten angestellt", bemängelt **Maria NOICHL**. "Kinder stellen für viele Frauen in der EU momentan ein Armutrisiko dar. Das ist nicht das soziale und solidarische Europa, das ich mir wünsche. Und auch nicht das Europa, für das die Wählerinnen und Wähler gestimmt haben", so **Maria NOICHL** weiter.

Die zuständige Kommissarin, **Vera Jourova**, kündigte noch im kommenden Halbjahr einen neuen, ehrgeizigen Vorschlag an. "Wollen wir hoffen, dass es in diesem Fall nicht nur bei schönen Worten bleibt, sondern dass auch endlich Handlungen folgen", sagte **Maria NOICHL** abschließend.

Hintergrund:

Bei der Mutterschaftszeit handelt es sich um die Zeit direkt vor und nach der Geburt, die vor allem aus gesundheitlichen Gründen unabdingbar ist.

Straßburg, 20. Mai 2015

Weitere Informationen: Büro Maria NOICHL, MdEP

Peter SIMON:

"Europaparlament widersetzt sich dem Druck der Großbanken"

Konservative und Liberale scheitern mit Verwässerungstaktik bei Trennbanken-Verordnung

Mit einer äußerst knappen Mehrheit von 30 zu 29 Stimmen hat der Wirtschaftsausschuss des Europaparlaments auf Betreiben der Sozialdemokraten am Dienstag den Versuch von Konservativen und Liberalen abgewehrt, einen Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission zur Trennbanken-Verordnung entscheidend zu verwässern. Dieser Gesetzesvorschlag zielt darauf ab, die verschiedenen Geschäftsbereiche von Großbanken europaweit so zu trennen, dass Geldeinlagen von Privat- und Geschäftskunden nicht länger gefährdet sind, wenn eine Bank aufgrund riskanter Investitionsgeschäfte in Schieflage gerät.

„Ohne Abtrennung des Finanzkasinos vom Kundengeschäft, könnten Großbanken ungehindert riskantes Investmentbanking mit einer impliziten Garantie des Staates und damit des Steuerzahlers fortführen“, unterstreicht **Peter SIMON**, stellvertretender Vorsitzender des Wirtschafts- und Währungsausschusses.

„Es ist nur schwer nachzuvollziehen, wie schnell die Ereignisse und Lehren der Finanzkrise bei Einigen anscheinend wieder in Vergessenheit geraten sind und diese sich dem starken Druck der Großbankenlobby beugen wollten“, unterstreicht der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**.

Nach der Ablehnung des Berichts muss die Trennbanken-Verordnung nun zur Neuberatung in den Wirtschafts- und Währungsausschuss.

Brüssel, 27.05.2015

Weitere Informationen: Büro Simon, MdEP

Neues aus dem Europäischen Parlament -Mai-

Liebe Frauen,

stellt euch vor in Deutschland würde ein Bundesministerium ein Gesetz vorschlagen, das dann vom Bundestag mit deutlicher Mehrheit verabschiedet wird. Im Bundesrat würde dieses Gesetz danach einfach ignoriert - ganze vier Jahre lang. Weil der Bundesrat das Vorhaben so erfolgreich ignoriert, beschließt das zuständige Ministerium endlich, den Entwurf einfach ganz zurückzuziehen. Unvorstellbar?

In Europa ist dieses Absurdum in Form der Richtlinie über den Mutterschutzurlaub zur tragikomischen Realität geworden. Nachdem das Europäische Parlament den Vorschlag der Europäischen Kommission aufgegriffen und verabschiedet hatte, blockiert der Europäische Rat seit nunmehr vier Jahren das Gesetzesvorhaben. Statements? Fehlanzeige! Wasserstandsmeldungen? Keine! Eine Einigung der Mitgliedstaaten auf einen gemeinsamen Standpunkt? Nicht in Sicht! Stillstand - seit vier Jahren.

Die Europäische Kommission hat nunmehr angekündigt die Richtlinie über den Mutterschaftsurlaub ganz zurückziehen zu wollen. Grund genug für uns, den Abgeordneten des Europäischen Parlaments, uns zu wehren.

- Wir, die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten, wollen nicht, dass unser Votum ignoriert wird! Ein solches Verhalten des Rates ist keine Grundlage für eine gute Zusammenarbeit!

- Wir, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, wir wollen nicht, dass der Europäische Rat mit seiner Blockadepolitik durchkommt!

- Wir, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments wollen nicht, dass der Entwurf zurückgenommen wird!

Wir, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, wir wollen, dass die zuständigen Minister und Ministerinnen sich endlich einigen und damit das Leben von schwangeren und stillenden Frauen erleichtern!

Wir wollen nicht, dass Mütter und werdende Mütter benachteiligt werden und durch ihre Mutterschaft von Armut bedroht sind.

Wir wollen, dass Frauen zugleich Mütter und Arbeitnehmerinnen sein können.

Wir wollen, dass europaweit auch Väter einen Vaterschaftsurlaub von mindestens zehn Arbeitstagen bekommen. Kindererziehung und Kinderbetreuung sind ein Monopol, das wir Frauen gerne zu teilen gewillt sind.

Deshalb haben wir in der vergangenen Woche eine Entschließung verabschiedet, adressiert an Rat und an Kommission, die unmissverständlich sagt, was wir wollen und was wir nicht wollen.

Herzlichst,
Evelyne
27.05.2015

Evelyne Gebhardt, MdEP



SPÖ möchte geänderte Familiendefinition in Landesverfassung

Einwallner:

Familienbegriff umfasst heute mehrere Lebensentwürfe



Bild: Reinhold Einwallner Foto: Archiv SPÖ Vorarlberg

Die SPÖ möchte, dass sich die veränderten Formen des familiären Zusammenlebens auch in der Landesverfassung widerspiegeln. Darum fordert Landtagsabgeordneter **Reinhold Einwallner** in einem Antrag, die Familiendefinition in der Verfassung zu erweitern: „Der Begriff der Familie umfasst heute weit mehr als die klassische Vater-Mutter-Kind-Beziehung. Patchwork-Familie, Lebensgemeinschaft mit und ohne Kinder, Alleinerziehende sowie gleichgeschlechtliche Partnerschaft sind längst gesellschaftliche Rea-

lität. Es ist an der Zeit, dass diese Vielfalt an Lebensentwürfen von offizieller Seite anerkannt wird. Ich beantrage deshalb die Berücksichtigung der aktuellen Familienformen in der Landesverfassung.“

Unterstützung durch Landesregierung erwartet

Der Sozialdemokrat erwartet dafür Unterstützung von Seiten der Landesregierung. Im Regierungsprogramm von ÖVP/Grünen wird Familie nämlich definiert als das „Zusammenleben von Menschen, die besondere Verantwortung füreinander übernehmen“. Zudem wird der Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften eine Absage erteilt und auf eine „moderne“ Familienpolitik“ abgezielt. „Bei ÖVP und Grünen werde ich mit meinem Antrag offene Türen einrennen. Die Forderung der SPÖ entspricht ganz genau der Zielsetzung der Landesregierung. Ich gehe davon aus, dass der Antrag gemeinsam mit den Stimmen der Regierungsparteien beschlossen wird“, freut sich Einwallner auf einen Erfolg seines Ansinnens.

07.05.2015

Vorarlbergs soziale Kraft

SPÖ kritisiert Landwirtschaftskammer

Einwallner:

Querfinanzierung der Miete ist Schuldbürgerstreich

Die SPÖ kritisiert die Praxis der Landwirtschaftskammer, die seit 2013 zu entrichtende Miete über Umwege auf die Steuerzahler abzuwälzen. So werden für Leistungen an das Land Vorarlberg hohe Stundensätze verrechnet. Zudem hat die Kammer einfach die Mitgliedsbeiträge für alle Bauern erhöht. „Diese Querfinanzierung ist schon ein dreister Schuldbürgerstreich“, ärgert sich Landwirtschaftssprecher Reinhold Einwallner. Die Kammer hat jahrzehntelang keine Miete an das Land bezahlt. Im Jahr 2012 wurde das von SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch offen kritisiert. „In Folge des öffentlichen Drucks musste die Landwirtschaftskammer zähneknirschend akzeptieren, wie jede andere Institution Miete zu bezahlen. Aber anscheinend wollte man sich damit nicht abfinden. Deshalb haben sich wohl ein paar besonders findige Funktionäre eine Methode überlegt, sich das Geld dafür eben über Umwege zurückzuholen. Das ist mehr als dreist“, so Einwallner.

Kammer vertritt nur sich selbst

Vor allem die Vorarlberger Landwirte sollten sich gut überlegen, ob sie sich von dieser Kammer wirklich vertreten fühlen, meint Einwallner: „Viele Kleinbauern kämpfen tagtäglich um ihre Existenz. Doch von der Kammer gibt es statt Unterstützung eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. Die Landwirtschaftskammer vertritt offensichtlich niemanden, außer sich selbst.“ Der Sozialdemokrat fordert Landesrat Erich Schwärzler zum Handeln auf. „Ich erwarte mir, dass der Landesrat diese Praxis unterbindet. Das ist er den Bauern und den Steuerzahlern schuldig“, so Einwallner.

08.05.2015

Vorarlbergs soziale Kraft

Grünes Licht für Gemeinsame Schule Vorarlberg

SPÖ-Nationalrat Mayer:

„Werde gemeinsamen Antrag im Nationalrat initiieren“



Bild: Elmar Mayer Foto: Archiv SPÖ Vorarlberg

Hoherfreut zeigt sich der SPÖ-Nationalrat und frühere Bildungssprecher der SPÖ im Nationalrat Elmar Mayer über den Meinungsschwenk der Bundes-ÖVP in Sachen Gemeinsame Schule. „Die Ankündigung von ÖVP-Bundesparteiobmann Reinhold Mitterlehner, einem Schulversuch zur Gemeinsamen Schule in Vorarlberg nicht im Wege zu stehen, kann nur positiv gewertet werden. Schlussendlich scheint sich der von uns beschrittene lange

Weg zum Ziel der Gemeinsamen Schule gelohnt zu haben“, reagiert SPÖ-Nationalrat Elmar Mayer auf die Ankündigung von Reinhold Mitterlehner.

Elmar Mayer wird nun einen Antrag an den Nationalrat formulieren, welcher diesen Schulversuch ermöglichen wird. Er wird sich diesbezüglich an die Vorarlberger Nationalratsabgeordneten wenden und deren Unterstützung einholen. Dazu der SPÖ-Nationalrat abschließend: „Vor allem die Vorarlberger ÖVP-Abgeordneten im Nationalrat haben von ihrem Chef nun grünes Licht bekommen. Ich gehe davon aus, dass sie meine Initiative unterstützen werden.“

11.05.2015

Vorarlbergs soziale Kraft

Schnelles Handeln gegen Wohnungslosigkeit

SPÖ-Landesvorsitzender Michael Ritsch drängt Landesregierung zum Handeln



Bild: Michael Ritsch Foto: Archiv SPÖ Vorarlberg

Angesichts der etwa 1.000 wohnungslosen Vorarlberger fordert die SPÖ die Landesregierung zum Handeln auf. „Die Konzepte für eine nachhaltige Lösung liegen längst auf dem Tisch, sie müssen nur noch umgesetzt werden“, erklärt SPÖ-Landesvorsitzender Michael Ritsch. „Die Wohnbauförderung soll an bestimmte Bedingungen geknüpft werden: Private Bauträger müssen bei der Errichtung neuer Wohnanlagen mindestens 25% der Wohneinheiten gemeinnützigen Trägern zur Verfügung stellen. Wenn sie das nicht tun, sind die Wohnungen des Projekts nicht förderungswürdig“, konkretisiert der So-

zialdemokrat seine Idee. Dies würde die Lage am Wohnungsmarkt massiv entlasten. Michael Ritsch verlangt daher eine schnelle Initiative: „Wohnungslosigkeit ist ein akutes Problem.“

Die Landesregierung darf keine Zeit verstreichen lassen und sollte sich an die Umsetzung dieses Vorschlages machen. Die SPÖ wird alle Bestrebungen in diese Richtung unterstützen.“
11.05.2016 Vorarlbergs soziale Kraft

Themessl-Provokation für SPÖ inakzeptabel

Einwallner:

Typischer FPÖ-Populismus auf dem Rücken von Flüchtlingen

Von der SPÖ kommt scharfe Kritik an FPÖ-Nationalratsabgeordnetem Bernhard Themessl. Dieser führt die hohe Arbeitslosigkeit in Österreich u. a. auf den Nichtraucherschutz und die Diskussion um die verkürzte Wochenarbeitszeit zurück. „Themessl argumentiert schon äußerst kreativ. In anderen Ländern wie Deutschland ist ein umfassendes Rauchverbot in Gaststätten schon längst Realität; steht die deutsche Wirtschaft deshalb schlecht da? Oder was die Arbeitszeit betrifft: Glaubt Themessl wirklich, dass besser erholte und dadurch besser motivierte Arbeitskräfte ein Standortnachteil sind?“, wundert sich SPÖ-Wirtschaftssprecher Reinhold Einwallner. Und weiter: „In Wirklichkeit zeigt die FPÖ einmal mehr ihr wahres Gesicht: Sie fällt den Arbeitnehmern in den Rücken, wo es nur geht.“

Themessl soll Staatsbürgerschaft abgeben

Besonders verärgert reagiert Reinhold Einwallner über Themessls Aussage, die österreichische Staatsbürgerschaft abzugeben und als Tschetschene in Österreich um Asyl anzusuchen. „Ich wünschte mir, Themessl würde seine Aussage umsetzen. Erstens wäre er dann kein Nationalratsabgeordneter mehr und uns würden derartige Aussagen erspart bleiben. Zweitens hätte ein FPÖ-Politiker dann die Möglichkeit, die Realität von Asylsuchenden in Österreich am eigenen Leib zu erfahren – gerade die FPÖ glänzt in dieser

Hinsicht ja ständig durch vollkommene Unkenntnis. Solche Aussagen sind das altbekannte Spiel der FPÖ. Mit der Hetze gegen wehrlose Menschen wird versucht, politisches Kleingeld zu machen“, so Einwallner.

12.05.2015

Vorarlbergs soziale Kraft

Preisübergabe

Jessica Sormann aus Bregenz gewinnt Wienreise



Bild: Reinhold Einwallner, Jessica Sormann, Michael Ritsch

Foto: Archiv SPÖ Vorarlberg

Vor den Gemeindewahlen haben wir über 100 000 Vorarlberger Haushalte angeschrieben und sie nach ihrer Meinung nach wichtigsten Themen für die Wahlen befragt. Aus allen Einsendungen wurde eine Wienreise mit Hotelübernachtung gezogen - die glückliche Gewinnerin ist Jessica Sormann aus Bregenz. Landesvorsitzender Michael Ritsch und Landesgeschäftsführer Reinhold Einwallner übergaben ihr heute den Preis. Jessica wird bereits morgen mit ihrem Sohn Kevin nach Wien aufbrechen und dort ein tolles verlängertes Wochenende verbringen. Wir gratulieren herzlich!

13.05.2015

Vorarlbergs soziale Kraft

Die Gemeinsame Schule – wir schreiten voran

SPÖ-Bildungssprecherin Gabi Sprickler-Falschlunger:

„Ergebnisse der Forschungsstudie sprechen sich eindeutig für die Einführung der Gemeinsamen Schule aus“



Bild: Gabi Sprickler-Falschlunger Foto: Archiv SPÖ Vorarlberg

„Ein klareres Votum für die Gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen kann es gar nicht geben. Die Ergebnisse der nun veröffentlichten Studie zeigen, dass sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern klar für die Einführung der Gemeinsamen Schule sind. Damit wird unserer jahrzehntelangen Forderung Rechnung getragen“, fasst SPÖ-Bildungssprecherin LAbg. Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger die heutige Präsentation der Studie zur Schule der 10- bis 14-Jährigen zusammen. Die Expertinnen und Experten bestätigten mit den vorgelegten Ergebnissen, dass die Trennung der Kinder mit 10 Jahren ungerecht aber auch wenig treffsicher ist.

Die SPÖ-Bildungssprecherin ist sich allerdings im Klaren, dass nun nicht alles sofort über das Knie gebrochen werden kann. Es brauche eine saubere Vorbereitung, den Eltern müssen Ängste genommen und den Lehrerinnen und Lehrern das entsprechende Werkzeug mit auf den Weg gegeben werden.

„Es braucht viel und akribische Vorbereitungsarbeit, wenn wir diesen Weg gehen wollen. Und wir wollen ihn gehen“, so Gabi Sprickler-Falschlunger.

Nun sei Wien am Zug, so die SPÖ-Bildungssprecherin. Dazu habe unser Nationalrat Elmar Mayer bereits einen Antrag formuliert, der die Türe zur Gemeinsamen Schule öffne, und der ÖVP vorgelegt. Dazu meint Gabi Sprickler-Falschlunger abschließend: „Selbstverständlich braucht es noch einige Klarstellungen oder Änderungen zum Antrag von Elmar Mayer. Ich möchte mich auf alle Fälle bei Landesrätin Bernadette Mennel bedanken und zusichern, dass die Landes-SPÖ den weiteren Weg unterstützen wird.“

26.05.2015

Vorarlbergs soziale Kraft



„Chancen für alle: Löhne, Renten, Menschenrechte“

SP SG nominiert Paul Rechsteiner für Ständerat

Einstimmig nominierten die Delegierten der SP Kanton St.Gallen am Parteitag in der Lokremise am Samstag **Paul Rechsteiner** für weitere vier Jahre im Ständerat. In seiner grossen Grundsatzrede stellte **Paul Rechsteiner** die Frage, was die Schweiz im Innern zusammenhält. „Die Schweiz braucht einen neuen Aufbruch“, sprach er zu den Delegierten. Ein Aufbruch in die Zukunft und weg „von der Sündenbockpolitik, die auf dem Buckel der Menschen mit ausländischem Pass und der sozial Schwachen betrieben wird“.

Entscheidend für den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Schweiz sind die funktionierenden öffentlichen Einrichtungen. Allen voran der Sozialstaat mit dem Herzstück, der AHV, so der SP-Ständerat. Es ging und geht ihm in seiner Rede und in seiner Kampagne für die Wiederwahl in den Ständerat darum, die an Heftigkeit zunehmenden Angriffe von rechts auf die Sozialversicherungen abzuwehren. „In einer entwickelten Wirtschaft und Gesellschaft“, so **Paul Rechsteiner**, „gibt es keine Alternative zu einer kollektiven Absicherung der grossen Lebensrisiken. Für die Mehrheit der Bevölkerung bedeutet ein funktionierender Sozialstaat Freiheit. Wer arm ist, ist nicht frei.“ Es sei das Gebot der Stunde, die AHV zu stärken, statt sie zu schwächen, so **Rechsteiner**. „An den Auseinandersetzungen um die AHV entscheidet sich die Zukunft der sozialen Schweiz. Oder anders gesagt: Wer die AHV angreift, greift das Modell Schweiz an.“

Integration, statt Ausgrenzung

In ähnlicher Weise äusserte er sich auch zur Bildungspolitik. Er forderte mehr Investitionen in die Bildung und zog dabei die tiefe Maturitätsquote des Kantons St.Gallen heran: „Wenn das Ziel der Chancengleichheit in die Ferne rückt, ist das für die Zukunft der Schweiz eine schlechte Entwicklung. – Die junge Generation braucht Perspektiven, auch junge Menschen, die von unten kommen.“

Paul Rechsteiner forderte zudem mit Nachdruck den besseren Schutz der Schweizer Arbeitsplätze, der Löhne und der älteren Arbeitnehmenden.

Einstimmige Parolenfassungen zur Erbschafts- und Steuergerechtigkeitsinitiative

Einstimmig fassten die Delegierten der SP SG die Parolen für die zwei wichtigsten Abstimmungen vom 14. Juni: Ja zur nationalen Erbschaftssteuer, weil sie 99 Prozent der Bevölkerung hilft, weil sie der krassen Ungleichverteilung von Reichtum und damit leider auch von Chancen entgegentritt und weil sie die AHV stärkt. „76 Mrd. Fr. werden jährlich in der Schweiz vererbt. Wie kommt man zu viel Reichtum?“ fragte SP-Nationalrätin **Claudia Friedl**. „Durch Kapitalgewinn und Erbschaft – für beide muss man nichts tun.“ **Claudia Friedl** wies auch auf die vielen Lügen der Gegner der Initiative hin: Das bürgerliche Parlament in Bern wird für die KMU die Steuersätze und den Freibetrag definieren. Es wird Lösungen finden, die für die KMU in diesem Land nicht schädlich sein werden.

Auch zur eigenen kantonalen Steuergerechtigkeitsinitiative beschlossen die Delegierten einstimmig die Ja-Parole. „Während die Lebenskosten steigen, sinken die Einkommen real um über 6 Prozent, so SP-Nationalrätin **Barbara Gysi**. 95 Prozent der SteuerzahlerInnen besitzen gleichviel wie die reichsten 5 Prozent. Gegen diese massive Ungleichverteilung wehren wir uns: Wir wollen mehr zum Leben für den Mittelstand und für die ArbeitnehmerInnen.“ Die Steuergerechtigkeitsinitiative will eine Progression auch bei der Vermögenssteuer einführen. Parteipräsidentin **Monika Simmler**: „Es ist absolut unverständlich und widerspricht jeglichem Gerechtigkeitsempfinden, dass heute alle den gleichen Promillesatz zahlen, ganz egal, ob sie 100'000.- oder 100 Millionen Franken auf dem Konto haben.“

In ihrer Parteitagsrede sprach sie auch über die noch immer herrschende Ungleichheit zwischen Männern und Frauen am Arbeitsplatz – und auf dem Lohnkonto. Und sie äusserte einen Tag nach dem 70jährigen Jubiläum des Endes des 2. Weltkriegs ihr Unbehagen angesichts der Ratlosigkeit Europas über den nicht enden wollenden Terror des Islamischen Staats und der permanenten Kriege an den Rändern Europas und im mittleren Osten.

St.Gallen, 9. Mai 2015

Weitere Auskünfte:

- o **Monika Simmler, Parteipräsidentin**
- o **Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär**

ZUKUNFT
STATT
ABBAU

Probleme erkannt – und trotzdem keine Massnahmen für mehr Prämienverbilligung für den Mittelstand

Die vorberatende Kommission des Kantonsrates lehnt die Prämienverbilligungsinitiative ab. Dies obwohl sie die Probleme anerkennt: Das Geld für die ordentliche Prämienverbilligung ist wieder auf dem Stand von 2001, während sich die Krankenkassenprämien in dieser Zeit mehr als verdoppelt haben. Immer weniger Menschen werden so von den stetig steigenden Prämien entlastet. Dies trifft einkommensschwache Personen und insbesondere Familien mit Kindern des Mittelstandes. Zu verantworten haben das die Bürgerlichen: Sie sind es, die im Rahmen des 3. Sparpakets 2013 hier die Sparschraube angezogen hatten. Kaum verwunderlich, dass nun auch die bürgerlich dominierte Kommission eine Erhöhung der Prämienverbilligung ablehnt. Sogar der Gegenvorschlag, der eine minimale Erhöhung bringen würde, soll an die Regierung zurückgewiesen werden. Die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrates führt ihre unsoziale Politik gegen einkommensschwache Personen und Familien kaltherzig fort.

Nichts als zynisch ist es, wenn sich die bürgerlichen Parteien im nun anlaufenden nationalen Wahlkampf als „Familienpartei“ oder „Partei der des Volkes“ bezeichnen: Denn sie helfen den Familien und den Normalverdienenden

nicht, sie schaden ihnen, indem sie immer wieder die Reichen und die Firmen steuerlich entlasten. Die dadurch zurückgegangenen Steuereinnahmen fehlen dem Kanton St.Gallen

Die Prämienverbilligungsinitiative ist notwendig!

Zudem gilt es an dieser Stelle zwei Dinge klar zustellen: Es ist nicht so, dass die Steuern bei einer Annahme der Initiative „Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle“ einfach für alle erhöht werden müssen. Das ist Angstmacherei! Das Initiativkomitee hat zeitgleich zur Prämienverbilligungsinitiative erfolgreich eine zweite Initiative lanciert, die Steuergerechtigkeitsinitiative. Mit beiden wollen SP, Grüne und Gewerkschaften den sparpolitischen Teufelskreis der Bürgerlichen durchbrechen: Die Steuergerechtigkeitsinitiative fordert die Wiedereinführung einer Progression bei den wohlhabendsten fünf Prozent der St.GallerInnen. Der Einsatz für mehr Prämienverbilligung beginnt damit mit einem Ja zur Steuergerechtigkeitsinitiative, über die am 14. Juni 2015 abgestimmt wird.

Und zweitens fordert die Initiative im Text gerade keine unseriöse Erhöhung des Prämienvolumens, wie dies die Medienmitteilung der vorberatenden Kommission glauben machen will. Sondern nichts anderes als die Anhebung auf den Schweizerischen Durchschnitt.

Volksabstimmung so rasch wie möglich

Das Initiativkomitee muss die Haltung der Kommission so zur Kenntnis nehmen – und mit ihm die St.Galler Bevölkerung, die unter dem permanenten Staatsabbau leidet. Das Komitee fordert als Reaktion auf diese Ankündigung der vorberatenden Kommission, dass die Initiative zum nächstmöglichen Termin, am 15. November 2015 zur Abstimmung kommt. Jetzt muss die Bevölkerung so rasch wie möglich über eine spürbare Entlastung der Familienbudgets entscheiden!

St.Gallen, 13. Mai 2015

Weitere Auskünfte:

- **Monika Simmler, Parteipräsidentin SP SG**
- **Barbara Gysi, Nationalrätin SP SG**
- **Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär SP SG**

Das St.Galler Symposium 2015 ist Geschichte – nicht aber die Beschäftigung mit der neoliberalen Doktrin und mit der Achtung der Menschenrechte. **Der SP-Kantonsrat Max Lemmenmeier reicht zum Auftritt des ruandischen Diktators Paul Kagame an der Universität St.Gallen (Thema „proudly small“) eine einfache Anfrage an die St.Galler Regierung ein.**

Autokrat Kagame als Stargast am 45. St.Gallen Symposium der Universität St.Gallen

Auf dem Campus der Universität St.Gallen fand am 7. und 8. Mai das 45. St.Gallen Symposium zum Thema "Proudly Small" statt. Dabei trafen sich 600 Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft und Studierende aus 50 Ländern. Als Stargast war auch der diktatorisch regierende ruandische Staatspräsident **Paul Kagame** geladen. In seinem Referat konnte er breit über das wirtschaftliche Wunder und die Sicherheit in seinem Land berichten. Ebenso lobte er gemäss Tagblatt vom 8. Mai 2015 die „grossartigen Möglichkeiten, welche die Globalisierung bietet“.

Kritische Fragen zur 15jährigen autoritären Herrschaft, die Verfolgung der Opposition, die Verstrickung in den Bürgerkrieg im Ostkongo, die Morde an Oppositionellen und die vielfältigen Menschenrechtsverletzungen wurden durch den Moderator nicht gestellt und kritische Fragen aus dem Publikum waren nicht zugelassen. Eine offene Diskussion, die in der Schweiz selbstverständlich ist und die als Grundlage jeder echten Wissenschaft gilt, wurde an dieser Veranstaltung bewusst ausgeklammert. Die Universität machte unter dem Aspekt angeblichen wirtschaftlichen Wachstums und Stabilität den Kniefall vor einem menschenverachtenden Potentaten. Im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung ersuche ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

a) Wie stellt sich die Regierung zur Einladung der Universität St.Gallen an den afrikanischen Potentaten Kagame, der in schwerste Verbrechen ver-

strickt ist und die demokratischen Werte der schweizerischen Gesellschaft mit Füßen tritt?

b) Sieht die Regierung in der Verhinderung einer offenen Diskussion über die Zustände in Ruanda nicht auch eine Verletzung des durch die Öffentlichkeit definierten Leistungsauftrags der Universität St.Gallen?

c) Ist es für eine international tätige wissenschaftliche Institution wie die Universität St.Gallen nicht unwürdig, für die Einladung eines sich diktatorisch gebärdenden Staatspräsidenten die in der Schweiz geltenden Rechte der Meinungs- und Diskussionsfreiheit zu beschneiden?

d) Wie wird das Symposium an der Universität St.Gallen finanziert? In welcher Weise werden für die Organisation und Durchführung Gelder der Öffentlichkeit eingesetzt?

e) Sieht es die Regierung nicht auch als Ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass an einer von der Öffentlichkeit direkt oder indirekt mitfinanzierten Veranstaltung die in der Schweiz geltenden Bürgerrechte eingehalten werden?

f) Ist die Regierung bereit, für die zukünftige Durchführung von Veranstaltungen an der Universität St.Gallen via ihre Vertretung dafür zu sorgen, dass eine offene Diskussion in jedem Fall gewährleistet ist?

g) Ist die Regierung nicht auch der Meinung, dass man Kriegsverbrechern, Mördern und Autokraten an der Universität keinen Auftritt gewähren sollte, auch wenn in ihrem Land bei Grabesruhe Wirtschaftswachstum erzielt wird?

M.Lemmenmeier

13.05.2015

Über: **Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär SP SG**



SP und Grüne KantonsrätInnen enttäuscht über taktische Manöver um die Prämienverbilligungsinitiative:

Keine Verzögerung!

Die SP-Grüne-Fraktion trifft sich in Mels zur Fraktionssitzung:

Ja zur medizinischen Ausbildung in St.Gallen. Und Ja zu einer raschen Abstimmung über die Initiative über höhere individuelle Prämienverbilligung.

Seit 2001 sind die Krankenkassenprämien für Erwachsene um 120 Prozent gestiegen. Gleichzeitig zahlt der Kanton St.Gallen nicht mehr Geld an die individuelle Prämienverbilligung für Familien und Wenigverdienende. Das wollen SP, Grüne und Gewerkschaften mit der kantonalen Initiative „Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle“ ändern: Sie soll gemäss Botschaft der Regierung rund 70 Mio. Franken mehr in den Topf für individuelle Krankenkassenprämien einschliessen; kein Luxus, sondern lediglich so viel, wie der Durchschnitt aller Kantone.

Die Fraktion von SP und Grünen ist darüber enttäuscht, dass die vorberatende Kommission offensichtlich eine eigentliche Verzögerungstaktik gewählt hat und den Gegenvorschlag der Regierung zur „Prämienverbilligungsinitiative“ an die Regierung zurückweisen will.

Forderung von SP und Grünen: Rückkehr zur sachlichen Politik

Die SP- und Grünen-PolitikerInnen, die sich am Samstag im Kapuzinerkloster in Mels zur Vorbereitung der Juni-Session trafen, fordern die bürgerlichen KantonsrätInnen auf: Kehren Sie zurück zur Politik für die St.Galler Bevölkerung und hören Sie auf mit taktischen Spielchen! Mit der Initiative können Familien und Wenigverdienende rasch und spürbar entlastet werden; denn dass die stetig steigenden Krankenkassenprämien für viele eine grosse Belastung darstellt, liegt offen auf der Hand. Und ist selbst bürgerlichen PolitikerInnen mit Herz klar. 2001 konnte im Kanton St.Gallen das Sozialziel der Belastungsgrenze durch die Krankenkassenprämien von 8 Prozent des Reineinkommens noch erreicht werden. Bis 2015 hat sich die Belastungsgrenze auf über 16 Prozent verdoppelt. Das Sozialziel ist Makulatur. Nur handeln wollen die Bürgerlichen trotzdem nicht – aus finanzpolitischen Überlegungen. Das ist nicht nur zynisch, sondern auch herzlos.

Rechnung 2014

Die SP-Grüne-Fraktion begrüsst die Kompromisslösung für die Budgetierung des SNBGewinns. Die vorberatende Finanzkommission schlägt dem

St.Galler Kantonsrat vor, 25% der üblichen Gewinnausschüttung in Zukunft ordentlich zu budgetieren. Der Rat könnte in der Juni-Session einen eigenen Entscheid auf kluge Weise anpassen. „Die finanzpolitische Vernunft hat ob siegt“, so Fraktionspräsident Peter Hartmann.

Die SP-Grüne-Fraktion nimmt Genugtuung zur Kenntnis, dass eine der ganz wenigen Massnahmen des Sparpakets III, 14 zusätzliche SteuersekretärInnen, die sich auf komplizierte Fälle konzentrieren, für erkleckliche Steuermehreinnahmen verantwortlich ist. Ohne Praxisverschärfung, nur mit besserem Hingucken, generieren sie statt der zunächst budgetierten Million satte 7,1 Mio. Franken.

SP und Grüne stehen auch hinter dem Nachtragskredit für die Evaluierung der Möglichkeiten eines Medical Masters in Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital und der HSG. Mit dessen Einführung gewänne die Ostschweiz als Arbeitsort weiter an Attraktion und der Fachkräftemangel in der Medizin könnte wirksam bekämpft werden.

St.Gallen, 18. März 2015

- Peter Hartmann, Fraktionspräsident SP-Grüne-Fraktion
- Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär SP SG und Fraktionssekretär

Interpellation Kofler, Uznach; Lemmenmeier, St.Gallen:

Massnahmen zur Gewaltprävention

Im Zusammenhang mit dem Amoklauf in Würenlingen stellt sich die Frage, wie kann die Polizeiarbeit stärker auf die Prävention ausgerichtet werden. In allen Fällen von Amokläufen in den letzten Jahren gab es vor der Tat Anzeichen. Es gelang den Behörden aber nicht, die Tat zu verhindern.

In verschiedenen Kantonen wird neu die Gewaltprävention ausgebaut. Mit einem systematischen «Bedrohungsmanagement» sollen potenzielle Amoktäter identifiziert und eine Eskalation verhindert werden. Gemäss Zeitungsmeldungen führt eine Reihe von Kantonen Namenslisten von gefährlichen Personen. Polizisten und Psychologen suchen das Gespräch mit ihnen. Die Polizei beschlagnahmt Waffen. Wenn alles nichts nützt, nehmen sie mögliche Amokläufer präventiv in Haft (z.B. Zürich und Solothurn). Im Zusam-

menhang mit diesen institutionellen Veränderungen in anderen Kantonen wird die Regierung gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- a) Gibt es im Kanton St.Gallen eine Fachstelle, die sich aktiv mit Gewaltprävention befasst? In welchem Beschäftigungsumfang kann sie sich mit Fragen der Gewaltprävention gegenüber möglichen Tätern auseinandersetzen?
- b) In welcher Weise wird versucht, bei bedrohlichem Verhalten einer Person durch Informationen und aktives Handeln Gewaltdelikte zu verhindern? Gibt es in diesem Zusammenhang einen aktiven Austausch mit anderen Kantonen?
- c) Die Kantonspolizei Solothurn führt eine Liste, auf der die Namen von 70 Personen stehen, bei denen eine erhöhte Gefährdungslage besteht. Gibt es im Kanton St.Gallen eine ähnliche Vorgehensweise? Wie beurteilt die Regierung diese Form der Gewaltprävention?
- d) Die Kantonspolizei Zürich beschäftigt zehn professionelle Bedrohungsmanager. Diese Fachstelle erhält täglich mehrere Gefährdungsmeldungen. Über 230 Mitarbeiter aus Gemeinden und Behörden hat die Kantonspolizei für die Früherkennung geschult. Wie geht die

Kantonspolizei mit Gefährdungsmeldungen um? Wie beurteilt die Regierung, die Möglichkeit, drohende Personen bei Ausführungsgefahr in Haft zu nehmen, wie es die Strafprozessordnung seit 2011 erlaubt?

- e) Hält es die Regierung – ähnlich wie in anderen Kantonen – für sinnvoll, ein Bedrohungsmanagement aufzubauen? Welche Mittel sind dafür nötig?

1. Juni 2015

Über:

Kantonsrat St.Gallen

Motion Lemmenmeier/Surber/Hasler/Schwager, St.Gallen

Gesetzliche Grundlage für den HSK-Unterricht

Kofler, Uznach/Lemmenmeier, St.Gallen
Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär SP SG

Die Stadt St.Gallen möchte in der Primarschule das Fach „Heimatliche Sprache und Kultur“ (HSK) einführen, wie dies u.a in den Kantonen Zürich, Basel-Stadt und Thurgau bereits angeboten wird. Hintergrund für die Einführung des HSK-Unterrichts sind wissenschaftliche Untersuchungen, die belegen, dass sich das Beherrschen der Erstsprache positiv auf das Erlernen einer Zweitsprache auswirkt. Deshalb sollen Kinder, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, ihre Fähigkeiten in der Erstsprache verbessern.

Der entsprechende Unterricht existiert heute bereits auf freiwilliger Basis – bekannt ist beispielsweise die „Scuola Italiana“. Er soll jedoch - wo dies von den Gemeinden gewünscht wird – in die regulären Schulangebote aufgenommen werden können, um die Integration der Kinder zu verbessern und eine klare Kontrolle der Angebote gewährleisten zu können. Dazu müsste das Volksschulgesetz des Kantons St.Gallen ergänzt werden. In Anlehnung an den Kanton Zürich ist im Volksschulgesetz unter Art. 10 ein neuer Passus mit folgendem Wortlaut aufzunehmen:

Der Erziehungsrat kann von ausserschulischen Trägerschaften angebotene Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur anerkennen. Die Verordnung regelt die Voraussetzungen der Anerkennung und deren Folgen.

Die Regierung wird beauftragt, die entsprechende Änderung im Volksschulgesetz vorzunehmen.

2. Juni 2015

Über:

Lemmenmeier/Surber/Hasler/Schwager, St.Gallen

Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär SP SG

Problem hohe Krankenkassenprämien erkannt – Kopf in den Sand gesteckt!

**St.Galler Kantonsrat widersetzt sich der Lösung von SP-
Grünen**

Permanente Sparmassnahmen bei der ordentlichen Prämienverbilligung bei gleichzeitig massiv steigenden Krankenkassenprämien. Familien und Wenigverdienende werden im Stich gelassen. Dagegen wehren sich SP, Grüne und Gewerkschaften.

Der St.Galler Kantonsrat behandelte in seiner Juni-Session vom 1.-3. Juni die Initiative „Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle (Prämienverbilligungsinitiative)“. Die Initiative wurde vor über einem Jahr von SP, Grünen und Gewerkschaften eingereicht. Grund dafür ist, dass die bürgerlichen Parteien bei der Individuellen Prämienverbilligung immer wieder die Sparschraube anziehen, zuletzt im Rahmen des dritten Sparpakets 2013, bei dem 10 Prozent des IPV-Volumens zusammengestrichen wurde.

In der Ratsdebatte wurde deutlich: Es ist unbestritten, dass die die stetig steigenden Krankenkassenprämien werden für viele Familien und Wenigverdienende zur immer grösseren Belastung wird. Eine Entlastung durch die Erhöhung der IPV-Mittel wird jedoch verwehrt. SP und Grüne setzten sich in der Debatte dafür ein, dass das Volumen auf den Durchschnitt aller Kantone angehoben wird. Fraktionspräsident Peter Hartmann formulierte die Forderung so: „Die kantonale Durchschnittsprämien steigen permanent, jene für Erwachsene haben sich mehr als verdoppelt, jene für Kinder stiegen um fast 100 Prozent. Das belastet die Haushalte immer mehr; einst setzte sich die Regierung das Sozialziel einer Belastungsgrenze von 8 Prozent; unterdessen geben die Haushalte 16,4 Prozent Nettoeinkommens für die Krankenkassenprämien aus – die Franchise noch nicht eingerechnet! Das angestrebte Sozialziel ist längst Makulatur.“ Während sich die Krankenkassenprämien seit 2001 verdoppelt haben bewegt sich die Entlastung durch die Individuelle Prämienverbilligung nach einem kurzzeitigen Anstieg wieder auf dem Niveau von 2001. Und noch eine Zahl: Hatten 2001 120'000 EinwohnerInnen (von total 480'000 Einw.) von der IPV profitiert, können heute nur rund 70'000 Personen erfolgreich IPV-Gelder beantragen. Es liegt auf der Hand, wen diese katastrophale Politik trifft: die einkommensschwachen Personen etwa im Rentenalter sowie Familien des unteren Mittelstands.

Keine Einsicht bei der Ratsmehrheit

Für die bürgerliche Mehrheit im St.Galler Kantonsrat ist es undenkbar, „den Pfad des Sparens“ (FDP) zu verlassen; allenthalben wurde das Schreckgespenst der Steuererhöhungen in grellen Farben an die Wand gemalt (SVP und GLP). Auf ein gesellschaftliches Problem reagiert die bürgerliche Mehrheit mit Lippenbekenntnissen – und der Behauptung, es gebe finanzpolitisch keinen Spielraum. Dem hielt SP-Kantonsrätin Agnes Haag entgegen: „Die

Initiative schießt nicht übers Ziel hinaus, sondern voll ins Schwarze: Nach Annahme der Initiative sollen die Ausgaben des Kantons St.Gallen für die Individuelle Prämienverbilligung im Schweizer Mittelfeld sein. Genau wie die Haushaltsausgaben für die Prämien.“ Das Geld dafür soll nach dem Willen der InitiantInnen aus den Erträgen der Steuergerechtigkeitsinitiative kommen, mit deren Annahme die Wohlhabenden eine leichte Progression auf ihre Vermögen hinnehmen müssten. Der Rat zeigte sich zur Mehrheit uneinsichtig und erteilte der Initiative (klar) und dem Gegenvorschlag (knapp) eine Abfuhr.

Abstimmung so bald wie möglich!

SP-Kantonsrätin Bettina Surber forderte unmittelbar nach der Abstimmung die Regierung dazu auf, die Abstimmung über die Prämienverbilligungsinitiative sofort auf den nächstmöglichen Abstimmungstermin vom 15. November 2015 anzusetzen. Das Initiativkomitee hatte gegen die Verzögerungstaktik der bürgerlichen Parteien und der Regierung Stimmrechtsbeschwerde und Beschwerde vor Verwaltungsgericht eingereicht. Die Regierung kündigte ihren Entscheid für die nächste Sitzung vom nächsten Dienstag an.

Wiedererwägungsgesuch: Alles Rechtens

Der zukunftsweisende Entscheid der SP-Regierungsrätin Heidi Hanselmann auf Wiedererwägung im Fall zweier italienischer Staatsangehöriger lief rechtlich korrekt ab; dies klärte eine RPG-Untersuchung. Heidi Hanselmann nützte ihren Ermessenspielraum im Interesse der Menschenrechte aus. Dies entspricht der Härtefallklausel zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative, die National- und Ständerat in der März-Session 2014 beschlossen haben.

St.Gallen, 3. Juni 2015

- Peter Hartmann, Fraktionspräsident SP-Grüne-Fraktion
- Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär SP SG und Fraktionssekretär

Zum 70. Gedenktag für Frieden nach dem Zweiten Weltkrieg vom 8. Mai 2015:

Gedenkanlass für Frieden und Demokratie

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) setzte am 8. Mai, dem 70. Gedenktag zum Ende des Zweiten Weltkrieges, eine Linde als Wahrzeichen für Frieden und Demokratie. An dieser Gedenkfeier beteiligten sich der Regierende Innerrhoder Landammann, der katholische und der reformierte Pfarrer von Appenzell sowie eine Schar von Interessierten.

Der Regierende Landammann, Roland Inauen hob die Wichtigkeit solcher Gedenkanlässe hervor. Sie seien hilfreich gegen das kollektive Vergessen derart einschneidender geschichtlicher Ereignisse. Er betonte, dass die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine Zäsur in der Geschichte darstellte. «Der 8. Mai 1945 war geprägt von Freude und grosser Erleichterung über das Ende eines schrecklichen Krieges. Die nachfolgenden 70 Jahre Frieden und Stabilität im Zentrum unseres Kontinents ist ein Werk der europäischen Integration. Internationale Organisationen stärkten Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität auf der ganzen Welt.»

Martin Pfister, der Präsident der SP AI, bezeichnete diese Linde als erneutes Zeichen für Frieden und Demokratie. «Je demokratischer eine Gesellschaft organisiert ist, umso ausgeglichener ist die Macht verteilt und umso besser sind die Chancen für ein friedliches Miteinander. Eine Gesellschaft ist jedoch erst dann wirklich demokratisch, wenn sie in allen möglichen Bereichen, auch an Orten, wo Reichtum und ökonomische Macht verteilt wird, demokratisch organisiert ist.» Zudem schlug er einen Bogen zum aktuellen Flüchtlingsdrama an den Grenzen Europas. Eine hilfreiche Flüchtlingspolitik fordere verstärkte internationale Kooperation und Solidarität mit den Men-

schen im Schatten dieser Welt. Es gebe kein «Wir und die da unten» – sondern nur ein «Wir»!



Pflanzen Friedenslinde

Foto: Archiv SP AI

Nach dem gemeinsamen Pflanzen der Linde und der Enthüllung der Gedenktafel ging Andreas Schenk, der reformierte Pfarrer von Appenzell, auf den Weltfrieden ein: «Trotz 70 Jahre Frieden nach dem Zweiten Weltkrieg ist leider immer wieder Krieg – heute in verschiedenartiger Form für Millionen von Menschen. Und morgen, so befürchte ich, sind andere dran.» Er lud alle Anwesenden zu einer Schweigeminute für alle Kriegsoffer ein. Lukas Hidber, der katholische Pfarrer von Appenzell, zitierte aus dem «Gebet um Frieden» von Papst Franziskus und schloss diesen würdigen Gedenkanlass mit den Worten «Shalom – Frieden – Salam».

Appenzell, 11. Mai 2015

AI

Martin Pfister, Präsident SP AI, Dani Wiedmer, Sekretär

Erbschaftssteuer – fair und liberal

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) sagte an ihrer Parteiversammlung einstimmig Ja zur Erbschaftssteuer-Initiative. Mit der Annahme dieser Steuerreform können wir einen Ausgleich zwischen Kapital und Einkommen schaffen und die AHV stärken.

Die Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV», über die wir am 14. Juni abstimmen, bringt keine neue Steuer sondern eine Steuerreform. Sie verlangt, dass die Kompetenz, eine Erbschafts- und Schenkungssteuern zu erheben, von den Kantonen an den Bund übergeht. Momentan ist diese Besteuerung in unserem Land sehr uneinheitlich geregelt. In Innerrhoden werden beispielsweise aktuell bei direkten Nachkommen Erbschaften über 300'000 Franken zu 1 Prozent besteuert. Unter dem Druck des Steuerwettbewerbs haben viele Kantone die Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen deutlich gesenkt oder ganz abgeschafft. Das Kapital wurde generell entlastet – Kapital- und Handänderungssteuern sind gesunken, ebenso die Belastung der Kapitalerträge – und gleichzeitig wurden Konsum und normale Einkommen belastet. Die Folgen sind bekannt: Steuereinzüssen bei den Kantonen, Leistungskürzungen und Mehrbelastung des Mittelstandes sowie eine immer ungerechtere Vermögensverteilung in unserem Land.

Davon profitieren vor allem grosse Konzerne und jene, die im Besitz von viel Kapital sind. Die 300 reichsten Schweizer besaßen im Jahre 2014 gemäss «Bilanz» 589 Milliarden Franken. Wenn die Vermögenskonzentration ständig zunimmt und immer weniger Leute immer mehr besitzen, gerät unser Land aus der Balance. Die Kaufkraft schwindet und immer mehr Geld fließt zur Profitmaximierung in Finanzmärkte, die kaum demokratisch kontrolliert sind.

Wenn man bedenkt, welche Leistungen notwendig sind, um als Arbeitnehmende das monatliche Einkommen zu verdienen und wie aus einem Testament leistungsfrei Nutzen gezogen werden kann, wird klar: Die Erbschaftssteuerinitiative fordert eine faire Steuerreform, die dem liberalen Gebot der Chan-

cenleichheit entspricht. Mit ihr können wir Gegensteuer geben und einen bessern Ausgleich zwischen Kapital und Einkommen schaffen.

Grosse Mehrheit nicht belastet

Die Erbschaftssteuerinitiative verlangt, dass Schweiz weit bei Nachlässen über zwei Millionen Franken eine Erbschaftssteuer von 20 Prozent erhoben wird. Davon sind in der Schweiz gerade einmal die reichsten 2 Prozent der Bevölkerung betroffen. Bei einem Nachlass von drei Millionen Franken wird beispielsweise nach Abzug des Freibetrages von zwei Millionen Franken eine Million Franken zu 20 Prozent besteuert. Die Erbschaftssteuer beträgt 200'000 Franken und den Erben bleiben 2,8 Millionen Franken.

Ehepaare können insgesamt 4 Millionen Franken steuerfrei an ihre Kinder vererben. Besteuert wird der Nachlass von natürlichen Personen, die ihren letzten Wohnsitz in der Schweiz hatten oder bei denen der Erbgang in der Schweiz eröffnet worden ist und nicht die einzelnen ErbInnen. Auf Geschenke von maximal 20'000 Franken pro Jahr und pro beschenkte Person werden keine Schenkungssteuer erhoben. Die Schenkungssteuer wird beim Schenkgeber oder der Schenkgeberin erhoben.

Die bisherige kantonale Besteuerung kleinerer Erbschaften oder Schenkungen entfällt. Somit ist die grosse Mehrheit der SteuerzahlerInnen in unserem Land von dieser Erbschaftssteuerreform nicht belastet.

Massgebend für diese Besteuerung ist das Nettovermögen. Schulden wie Hypotheken werden abgezogen. Damit kann auch Wohneigentum steuerfrei an die nächste Generation vererbt werden. Zuwendungen an EhepartnerInnen und registrierte PartnerInnen sowie an steuerbefreite juristische Personen – gemeinnützige Organisationen, Stiftungen, politische Parteien und Kirchen – sind ebenfalls von dieser Steuer befreit.

Irreführende millionenschwere Angstkampagne

Gehört zum Nachlass oder zur Schenkung ein Unternehmen, werden erhebliche steuerliche Erleichterungen gewährt. Kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) und Landwirtschaftsbetriebe sind von dieser Steuer nicht gefährdet. Bauernhöfe werden ganz von dieser Erbschaftssteuer befreit, sofern sie von den ErbInnen oder von Beschenkten selber weiter bewirtschaftet

werden. Das Parlament wird bei einer Annahme dieser Initiative für die KMU einen Freibetrag und einen reduzierten Steuersatz festlegen. Die InitiantInnen schlagen einen Freibetrag von 50 Millionen statt nur zwei Millionen Franken und einen Steuersatz von 5 statt 20 Prozent vor. Dass sich die bürgerlichen Parteien einer grosszügigen Ermässigung anschliessen, steht ausser Zweifel. Die Vererbung von allen kleineren und mittleren Familienbetrieben bleibt also steuerfrei. Somit sind die betroffenen Arbeitsplätze nicht gefährdet. Die millionenschwere Angstkampagne der Interessenvertreter jener, die das Geld schon besitzen und behalten möchten, ist eine krasse Irreführung der Stimmberechtigten!

Selbst bei grossen Unternehmen entstehen keine erheblichen Belastungen. So werden zum Beispiel bei der Vererbung eines Betriebes im Wert von 100 Millionen Franken lediglich 2,5 Millionen Franken Erbschaftssteuern anfallen. Auch bei einer relativ tiefen Eigenkapitalrendite einer solchen Firma entstehen keine untragbaren Belastungen. Denn gemäss Übergangsbestimmungen kann diese Steuer in zehn Jahresraten entrichtet werden. Das entspricht einer jährlichen Belastung von 250'000 Franken.

Die Erbschaftsteuer wird unserem Land mit dieser massvollen Besteuerung der hohen Nachlässe und Schenkungen jährlich rund 3 Milliarden Franken einbringen. Die Kantone werden für den Ausfall ihrer bisherigen Erbschaftsteuer-Erträge entschädigt, indem sie einen Drittel dieses Steuerertrages erhalten. Zwei Drittel gehen zweckgebunden an die AHV und stärken damit die sicherste, effizienteste und sozialste Altersvorsorge der Schweiz.

Die SP AI sagt am 14. Juni Ja zu dieser Erbschaftsteuerinitiative. In einer liberalen Gesellschaft, die sich zum Leistungsprinzip und zur Chancengleichheit bekennt, sollte es selbstverständlich sein, dass leistungsfrei erzielte Gewinne wie Erbschaften vor dem Arbeitseinkommen und dem eigenständig erarbeiteten Vermögen steuerlich belastet werden – vor allem in einer Zeit, in der in unserem Land die Vermögenskonzentration massiv zunimmt.

Appenzell, 26. Mai 2015

Kontakt:

Dani Wiedmer, Co-Parteisekretär

SP AI

Martin Pfister, Präsident,

Dank Fairness tiefere Gebühren

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) sagt «Ja» zur Revision des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen. Das neue Gesetz bringt mehr Fairness, tiefere Radio- und Fernsehgebühren und weniger Bürokratie.

Das Parlament hat im Herbst 2014 ein revidiertes Radio- und Fernsehgesetz verabschiedet. Neu wird nicht mehr eine Empfangsgebühr pro Gerät bezahlt, sondern eine allgemeine Abgabe pro Haushaltung und Unternehmen. Gegen dieses Gesetz wurde das Referendum ergriffen. Deshalb stimmen wir am 14. Juni darüber ab.

Heute bezahlt nur wer ein Radio oder einen Fernseher besitzt. Diese geräteabhängige Gebühr ist veraltet, weil sich unsere Mediennutzung stark verändert hat. Heute können wir mit jedem Laptop oder jedem Smartphone Radio und Fernsehen empfangen. Damit wären eigentlich alle Haushalte und Unternehmen verpflichtet die Billag zu bezahlen. Doch die Realität sieht anders aus: Die Ehrlichen bezahlen für Schwarzkonsumenten.

Mit der neuen Abgabe pro Haushalt oder Unternehmen müssen alle einen Beitrag leisten. Dadurch ist schwarz fernsehen oder Radio hören nicht mehr möglich. Weil mit diesem Systemwechsel mehr Nutzerinnen und Nutzer eine Gebühr bezahlen, sinkt die neue Abgabe. Von diesem neuen Gesetz profitieren alle privaten Haushalte, die bisher die Billag bezahlt haben, und ein Grossteil der Unternehmen. Für erstere sinken die Kosten von heute 462 Franken auf neu 400 Franken. Unternehmungen mit einem Jahresumsatz von weniger als 500'000 Franken bezahlen nichts. Die grösseren Firmen leisten eine abgestufte Abgabe von mindestens 400 Franken. Somit profitieren 84 Prozent der Schweizer Unternehmen vom neuen Gesetz, weil sie keine oder weniger Abgaben leisten müssen. BezügerInnen von Ergänzungsleistungen zur AHV oder IV und HeimbewohnerInnen werden von einer solchen Abgabe befreit. Wer weder über ein Radio noch über einen Fernseher verfügt, kann sich während einer Übergangszeit von fünf Jahren ebenfalls von dieser Abgabe befreien lassen.

Dank dieser Vereinfachung sinkt die Bürokratie. Die aufwändigen und lästigen Kontrollen in Haushalten und Firmen fallen weg. Weil jeder Haushalt und Betrieb nur noch einmal diese Abgabe entrichten muss, entfallen auch die Gebühren für Ferienwohnungen oder Betriebsfilialen.

Die SP AI verschliesst sich nicht den heute veränderten Möglichkeiten, Medien zu nutzen. Sie sagt «Ja» zu dieser zeitgemässen Gesetzesrevision, welche faire Bedingungen schafft und für die meisten tiefere Abgaben bringt.

Appenzell, 5. Juni 2015

SP AI

Kontakt:

Martin Pfister, Präsident und Dani Wiedmer, Co-Parteisekretär

Verbot ist widersprüchlich

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) sagt «Ja» zum Verfassungsbestimmung über die Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich. Mit diesem Verfassungsartikel werden in unserem Land die Präimplantationsdiagnostik und eine massvolle Weiterentwicklung der Fortpflanzungsmedizin erlaubt.

Diese Abstimmungsvorlage betrifft sensible ethische-moralische Fragen zur Menschenwürde eines werdenden Kindes und deren Eltern bei möglichen schweren Erbkrankheiten. Der neue Verfassungsartikel erlaubt, nicht wie bisher nur so viele menschliche Eizellen ausserhalb des Körpers einer Frau zu Embryonen zu entwickeln, als ihr sofort eingepflanzt werden können, sondern so viele, wie für die medizinisch unterstützte Fortpflanzung notwendig sind. Damit wird auch in unserem Land die so genannte Präimplantationsdiagnostik (PID) erlaubt, welche bereits in vielen europäischen Ländern zulässig ist. So könnten wenige Tage alte Embryonen auf Erkrankungen getestet werden, noch bevor sie in die Gebärmutter eingepflanzt werden.

Mittlerweile werden in unserem Land mehr als zwei Prozent der Kinder durch künstliche Befruchtung gezeugt. Zudem akzeptieren wir mit der

Fristenregelung den Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten zwölf Wochen. Wir lassen bereits heute vorgeburtliche Tests unter bestimmten Bedingungen zu und akzeptieren, dass positive Krankheitsbefunde zur Beendigung einer Schwangerschaft führen können. Deshalb ist es widersprüchlich, die Verlagerung solcher Tests vor der Herbeiführung einer Schwangerschaft zu untersagen. Bei einer Ablehnung dieses Verfassungsartikels provozieren wir, dass Eltern ins benachbarte Ausland ausweichen, um diese Behandlung durchzuführen.

Designer-Babys und Menschenzucht stehen im neuen Verfassungsartikel nicht zur Debatte. Es geht vielmehr darum, absehbares Leid im Falle schwerer Erbkrankheiten zu vermeiden. Die neue Verfassungsbestimmungen versucht, dem Schutz der Menschenwürde des werdenden Kindes aber auch des Elternpaares Rechnung zu tragen. Deshalb sagt die SP AI «Ja» zu dieser massvollen rechtlichen Zulassung der Fortpflanzungsmedizin.

Zum Schluss noch dies: Gleichzeitig mit diesem Verfassungsartikel hat das Parlament ein neues Fortpflanzungsgesetz verabschiedet, das mit einem Ja am 14. Juni ebenfalls in Kraft treten würde. Dieses Gesetz sieht sehr umstrittene Massnahmen zu Chromosomen-Untersuchungen bei unfruchtbaren oder erblich belasteten Paaren vor. Bei einer Annahme des Verfassungsartikels zur Fortpflanzungsmedizin kann gegen diese Gesetzesvorlage das Referendum ergriffen werden. Damit besteht die Möglichkeit, in einer späteren eidgenössischen Abstimmung darüber zu entscheiden.

Appenzell, 7. Juni 2015

SP AI

Kontakt:

Martin Pfister, Präsident + Dani Wiedmer, Co-Parteisekretär

Zugang zu Bildung mindert Fachkräftemangel

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) sagte an ihrer Parteiversammlung einstimmig Ja zur Stipendieninitiative. Diese Initiative schafft einen fairen Zugang zu Bildung für alle.

Die Stipendieninitiative hat zum Ziel, das Stipendienwesen Schweiz weit zu harmonisieren. Ausbildungsbeiträge für Studierende sollen so ausgestaltet

werden, dass ein minimaler Lebensstandard garantiert ist und in Härtefällen die Lebenshaltungskosten von Studierenden deckt. Damit soll der Zugang zu Bildung allen offen stehen, die entsprechende Fähigkeiten mitbringen.

Weil es für die Kantone keine verbindlichen und klaren Regeln zur Stipendienberechnung gibt, herrscht in unserem kleinen Land eine massive Ungleichbehandlung. Im Kanton Waadt ist beispielsweise die Chance für ein Stipendium fast dreimal so gross wie im Kanton Glarus und die Beiträge sind mehr als doppelt so hoch wie im Kanton Neuenburg. Unser Kanton steht bezüglich Ausbildungsbetrag und Anteil der BezügerInnen im Mittelfeld. Auch die Vorgaben des 2013 in Kraft getretenen Stipendienkonkordats, dem allerdings nicht alle Kantone angehören, sind nicht ausreichend um eine Chancengerechtigkeit zu erreichen. Nach wie vor hat jeder Kanton sein eigenes System.

Letztlich führt die heutige Praxis dazu, dass nicht alle Studierenden, die Stipendien benötigen, Ausbildungsbeiträge in richtiger Höhe erhalten. Bereits heute arbeiten über 75% der Studierenden, um ihre Ausbildung zu ermöglichen. In zeitintensiven Studiengängen im Gesundheitsbereich, in der Architektur oder in Fachrichtungen mit obligatorischen Praktiken, aber auch in Vollzeitausbildungen an einer höheren Fachschule, ist es fast unmöglich nebenher zu arbeiten. Für viele ist dies ein Problem, da sie aufgrund ihrer Arbeitstätigkeit ihre Ausbildung nicht in der vorgesehenen Zeit beenden können. Dadurch erhöht sich auch die Wahrscheinlichkeit, dass ein Studium abgebrochen wird. Dies trifft vermehrt Studierende aus finanziell schlechter gestellten Familien. Dadurch gehen der Wirtschaft dringend benötigte Talente verloren.

Ein Stipendium ermöglicht ein kürzeres Studium. Wer angemessene finanzielle Unterstützung erhält, muss daneben weniger arbeiten und steht der Wirtschaft schneller als gut ausgebildete Fachkraft zur Verfügung. Denn der aktuelle Fachkräftemangel trifft gerade jene Stellen besonders stark, die einen höheren Fachschulabschluss oder ein Hochschulstudium voraussetzen.

Die SP AI sagt «Ja» zu dieser Stipendieninitiative. Sie schafft einen Schweizweit fairen Zugang zu Bildung. Diese Investition in zukünftige Generationen

wird künftig unser Land als Forschungs- und Wirtschaftsstandort stärken und international wettbewerbsfähig halten.

Appenzell, 8. Juni 2015

SP AI

Kontakt:

Martin Pfister, Präsident + Dani Wiedmer, Co-Parteisekretär

SPD Deutschland

ASF und Schwusos:

Wir wollen die Ehe für alle – jetzt!

*Zur aktuellen Debatte über die Ehe für alle erklären die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), **Elke Ferner**, und der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos), **Ansgar Dittmar**:*

Irland hat gezeigt – auch konservativ-katholische Gesellschaften sind deutlich fortschrittlicher als die Union es für Deutschland glaubt. Die Ehe für alle ist breiter Konsens in unserer Gesellschaft. Deswegen müssen wir die zivilrechtliche Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare öffnen.

Der Ehebegriff des Grundgesetzes ist offen gestaltet und kann dadurch auch den gesellschaftlichen Wandel nachvollziehen. Der Ehebegriff des Grundgesetzes sieht gerade nicht die Verschiedengeschlechtlichkeit vor. Eine einfache gesetzliche Regelung ist deshalb – ohne Verfassungsänderung– möglich. Und es gibt auch keinen sachlichen Grund dafür, die Verschiedengeschlechtlichkeit als Maßstab für die Ehe zu setzen.

Das ist nicht nur die Meinung der ASF oder der Schwusos, das ist Beschlusslage der gesamten SPD und manifestiert sich auch in den Anträgen der SPD-geführten Bundesländer, die über eine Bundesratsinitiative die Forderung nach Öffnung der Ehe vorangetrieben haben. Auch in Deutschland ist es Zeit für ein klares Bekenntnis zur Modernität unserer Gesellschaft. Und dazu gehört die Ehe für alle – wie schon in vielen anderen EU-Staaten auch.

Die SPD hatte in den Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU vorgeschlagen, die volle Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit der Ehe vorzunehmen. Wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen und für einander eintreten wollen, sollte der Staat das auch ermöglichen. Leider ist dieser Vorschlag der SPD seinerzeit von der Union nicht akzeptiert worden. Jetzt könnte ein interfraktioneller Antrag Bewegung bringen in diesen politischen Stillstand. Wir fordern die Koalitionsfraktionen

von SPD, CDU und CSU auf, diese Möglichkeit zu nutzen. Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Christine Lüders, sagte zu Recht: „Das Recht auf Heirat für Schwule und Lesben ist ein Menschenrecht – und gehört nicht in die Parteipolitik.“ Wir müssen endlich handeln!

Berlin, 30. Mai 2015

SPD Presseservice des SPD-Parteivorstandes

Erhard Eppler zum 8. Mai 1945:

„All das Chaos war das Ergebnis von Politik“

Zum Tag der Befreiung beschreibt der ehemalige Bundesminister und Bundestagsabgeordnete Erhard Eppler in einem Namensbeitrag auf spd.de seine Erinnerungen an den 8. Mai 1945. Den vollständigen Beitrag finden Sie unter: <http://spd-link.de/sPGG>.

Erhard Eppler: „Der 8. Mai 1945. Für mich war der 2. Weltkrieg schon am 23. April 1945 zu Ende. Da kam abends unser Kompaniechef in die Stellung [...] Wer sich zutraue, die Gefangenschaft zu vermeiden und auf eigene Faust nach Hause zu kommen, könne in der Nacht versuchen, an den feindlichen – teils britischen, teils amerikanischen – Stellungen vorbei zu kommen. Ich war genau 18 Jahre und fünf Monate alt, gut zu Fuß und fürchtete, noch nach England verfrachtet zu werden. Also gehörte ich zu denen, die das Angebot unseres Oberleutnants annehmen wollten.[...] Am 8. Mai hatte ich schon 15 Tagesmärsche durch amerikanisch besetztes Gebiet hinter mir, meinen Kumpel inzwischen nach einem Streit um die richtige Richtung – wir hatten nur jeder einen Kompass, keine Karte – verloren.[...] Aber die Zukunft sah düster aus. Ich hatte auf der Verloaderampe von Bergen-Belsen schreckliche Szenen gesehen, von anderen Schrecknissen hatte ich gehört. Würden die Alliierten uns noch eine Chance geben? Oder würden sich die Politiker durchsetzen, die den Deutschen diesmal keine mehr lassen wollten? [...] All das Chaos war Ergebnis von Politik. Von einer Politik, die der deutsche Reichstag am 23. März 1933 absegnet hatte. Wenn falsche Politik einen ganzen Kontinent ruinieren und Millionen Menschen, auch meinen Bruder und manche Freunde, umbringen konnte, müsste richtige Politik nicht auch Gutes bewirken können? Dieser Gedanke sollte mich dann sieben Jahrzehnte lang begleiten.“

Berlin, 07. Mai 2015

SPD Presseservice

SPD Baden-Württemberg



Baden-Württemberg
VERTRETUNG DES LANDES
BEIM BUND



Neue Vorschläge von EU-Handelskommissarin Malmström zu Investorenschutz und Streitbeilegung bei TTIP

Minister Peter Friedrich: Vorschläge weisen in richtige Richtung und greifen wichtige Anliegen der Landesregierung wie auch vieler Bürgerinnen und Bürger auf

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hat in einem neuen Konzeptpapier konkrete Ideen für eine Reform des Investorenschutzes in internationalen Handelsabkommen wie TTIP vorgelegt. „Mit dem neuen Vorschlag geht Kommissarin Malmström in die richtige Richtung und greift auch Anliegen aus Baden-Württemberg auf, die wir bereits seit gut einem halben Jahr in verschiedenen Gesprächen, auch mit Kommissarin Malmström und ihrem politischen Beraterstab sowie auch mit Kommissionspräsident Juncker, intensiv erörtert haben“, sagte Baden-Württembergs Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten, Peter Friedrich, am Donnerstag (7. Mai 2015).

Nach dem neuen Konzeptpapier der Kommission sollten sich Schiedsgerichte für Investor-Staat-Klagen künftig an traditionellen Gerichten orientieren. Dazu soll unter anderem eine Berufungsinstanz eingerichtet werden. Das Konzeptpapier zeigt auch einen Weg für das mittelfristige Ziel eines multilateralen Investitionsgerichtshofs auf. Allerdings stellt das Konzeptpapier noch keine endgültige Haltung der EU-Kommission zur Reform des Investitionsschutzes bei TTIP und anderen Handelsverträgen dar. Das Konzeptpapier will Kommissarin Malmström am 7. Mai 2015 im Kreis der EU-

Handelsminister diskutieren. „Aus Sicht der Landesregierung begrüßen wir, dass auch der jüngste Vorschlag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie Sigmar Gabriel zur Einrichtung eines Investitionsgerichtshofs in die gleiche Richtung zielt“, so Friedrich.

Baden-Württemberg hat bereits im letzten Jahr im Bundesrat eine Initiative eingebracht, den ursprünglich geplanten Investorenschutz und Streitschlichtungsmechanismus (ISDS) von Grund auf zu reformieren. Auch hat die Landesregierung am 17. März 2015 Eckpunkte zu TTIP beschlossen und veröffentlicht. „Es ist zu begrüßen, dass die EU-Kommission jetzt bei dem sensiblen Thema Investorenschutz und Streitbeilegung eines der zentralen Anliegen auch der baden-württembergischen Landesregierung Rechnung trägt“, betonte der Minister. Besonders erfreulich sei, dass die EU-Kommission nun zumindest mittelfristig den Vorschlag der Landesregierung aufgreifen will, private Schiedsgerichte durch einen permanenten multilateralen Handelsgerichtshof zur Klärung von Streitigkeiten zwischen privaten Investoren und Staaten abzulösen. „Dies ist so vor einem halben Jahr unter der Vorgängerkommission nicht vorstellbar gewesen“, so Friedrich.

Kommissarin Malmström hat viel getan, was Transparenz angeht und sie geht den Weg des Dialogs. Das ist gut und macht sich bezahlt. Dieser konkrete Fall zeigt mir: die EU-Kommission ist kein seelenloses Bürokratiemonster, sondern auch dort sind es Menschen, die um gute Lösungen ringen und dabei auch die Sorgen und Nöte der europäischen Bürgerinnen und Bürger aufgreifen. Mein Fazit: aktive und konstruktive Mitarbeit lohnt sich“, so Minister Friedrich.

7. Mai 2015

Presse_LV_BW

Südwürttemberg Region Bodensee-Oberschwaben:



Ausbauplanung Eisenbahnachse Basel-Ulm:

Handbremse bitte lösen!

Die Ausbauplanung der Eisenbahnachse Basel-Ulm kommt auf ihrem Herzstück, der Bodenseegürtelbahn Radolfzell-Friedrichshafen, nicht voran. Auf den „Aussenästen“ Südbahn und Hochrheinbahn hingegen scheinen die Planungen auf gutem Weg zu sein. Ein attraktives und zukunftsfähiges Standardangebot mit Halbstundentakt der Regional-Bahn (RB) und mit Stundentakt des Inter-Regional-Express (IRE), ist auf der einspurigen und nicht elektrifizierten Bodenseegürtelbahn nicht möglich. Erst ein weitgehender Ausbau auf Doppelspur und die Elektrifizierung machen die Eisenbahnachse Basel-Ulm attraktiv für die ganze Bodenseeregion, das Bundesland Baden-Württemberg, Frankreich und die Schweiz. Das ist eine Alternative zu einer vierspurigen Autostrasse auf dieser Achse. Die Eisenbahn mit dem heutigen Stand der Technik belastet Mensch und Umwelt weniger, und ihr Ausbau stösst auf weniger grosse politische und finanzielle Widerstände als Autostrassen neu zu bauen. Aber auch Eisenbahnausbauten werden nur mit genügend politischem Druck aus der Region in Angriff genommen. Dafür ist insbesondere der „Interessenverband Bodenseegürtelbahn“, das Bündnis der betroffenen Städte, Gemeinden, Landkreise und Regionalverbände gefordert, die Planungsarbeiten durch eine Vorfinanzierung zu beschleunigen.

Halbstundentakt für RB, dafür kein IRE mehr?

Am 29. April 2015 hat der Nahverkehrsausschuss (NVA) des Bodenseekreises zum zweiten Mal auf Grund einer Studie beschlossen, beim Verkehrsministerium Baden-Württemberg zu beantragen, die Regional-Bahn

(RB) auf der Bodenseegürtelbahn Radolfzell – Friedrichshafen vom Stundentakt auf einen Halbstundentakt zu verdichten. Vor zwei Jahren war für diesen Ansatz noch die Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn Voraussetzung. Jetzt soll diese Variante zunächst im umweltbelastenden Dieselmotriebetrieb ohne jeglichen Ausbau der völlig ungenügenden Infrastruktur verfolgt werden. In der öffentlichen Debatte des NVA wurde kaum erwähnt, **dass mit diesem Konzept der Inter-Regio-Express IRE von Basel nach Ulm nicht mehr verkehren könnte**, weil die verfügbare Strecken-Kapazität mit dem RB-Halbstundentakt voll ausgelastet wäre. Ausserdem bleiben die Fahrzeiten mit diesem Konzept zu lang.

Ein zukunftsfähiges Bahnangebot braucht den IRE im Stundentakt und die Regionalbahn im Halbstundentakt. Das erfordert einen Ausbau der Infrastrukturen mit Doppelspur- und Bahnhofausbauten, inklusive Elektrifizierung und modernem Rollmaterial. Die Bodenseegürtelbahn als einspurige Nebenbahn würde den Nutzen der geplanten Investitionen in die Hochrheinbahn und in die Südbahn erheblich schmälern. Diese Bahnlinie ist **nicht nur ein Wurmfortsatz** im Bodensee-Eisenbahnnetz, sondern sie ist **das zentrale Herzstück** mit grossem Potential.

Beschränkt verfügbare Finanz-Mittel für Bahnausbau verwenden

Für die 7 Kilometer lange, vierspurige Autostrasse B31 neu im Westen von Friedrichshafen, welche Ende 2014 bewilligt wurde, sind Baukosten von über 100 Millionen Euro veranschlagt. Es müssten aber noch mehr als die Hälfte der 286 Kilometer langen Strassenachse Basel-Ulm neu gebaut werden. Für den Ausbau der Eisenbahnachse Basel – Ulm muss zwar die gesamte Strecke elektrifiziert, hingegen nur noch ein Viertel auf Doppelspur ausgebaut werden. Das benötigt nur einen Bruchteil der Investitionen zum Bau einer neuen, durchgängig vierspurigen Autostrasse und kann auch rascher realisiert werden.

Eisenbahn-Doppelspur ist ebenso leistungsfähig wie vierspurige Autostrasse

Eine doppelspurige, elektrisch betriebene Eisenbahnlinie auf dem heutigen Stand der Technik verfügt über eine mindestens ebenso grosse Verkehrskapa-

pazität wie eine vierspurige Autostrasse. Mehr Verkehr von der Autostrasse auf die Eisenbahn zu verlagern ist sinnvoll: weniger Staus und Unfälle, geringere Lärm- Luft- und Klimabelastungen sowie niedrigerer Energie- und Landverbrauch. Zudem verbessert der verlagerte Verkehr die Standortqualität und die Wettbewerbsfähigkeit. Diese Verkehrspolitik ist im Schweizer Kanton Zürich besonders erfolgreich.

Eine leistungsfähige und umweltfreundliche Ost-West-Eisenbahnachse zwischen den beiden stark ausgelasteten Verkehrsnetzen der Regionen Stuttgart und Zürich nützt nicht nur der Bodenseeregion selbst sondern auch Baden-Württemberg, Frankreich und der Schweiz.

Ausbau-Planung der Bahnachse Basel-Ulm beschleunigen

Dank beharrlichem politischem Druck und Vorfinanzierungen aus der Region sind die Ausbauplanungen der Hochrheinbahn und der Südbahn beim Land, beim Bund und bei der Deutschen Bahn schon weit fortgeschritten. Dieser Druck ist nach Ansicht der „Initiative Bodensee-S-Bahn“ jetzt für die Bodenseegürtelbahn zu verstärken. Der „Interessenverband Bodenseegürtelbahn“ muss die Ausbauplanung des Herzstückes der Bahnachse Basel-Ulm fördern und die Handbremse endlich lösen. Es ist höchste Eisenbahn.

15.05.2015

Initiative Bodensee-S-Bahn

Weitere Informationen:

Ulrich Bauer, Tel. 0049 7522 6402

Wolfgang Schreier, Tel. 0041 71 688 28 37

Paul Stopper, Tel. 0041 76 330 9291 oder 0041 44 940 7474

Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum

KV Bodensee:

Vorstandssitzung SPD Bodenseekreis

Freitag, 12.06.2015

19:00 Uhr - 21:30 Uhr

Ort: Kluftern (Friedrichshafen), Gaststätte "Gehrenbergblick" im Nebenraum, Bahnhofstr. 12, 88048 FN-Kluftern, direkt am Bahnhof Kluftern
Tel. 07544 / 2136

Die Sitzung ist parteiöffentlich - für alle Parteimitglieder.

OV Bermatingen:

Ortsvereinsitzung

Montag, 15.06.2015

19:30 Uhr - 21:30 Uhr

Ort: Weinstube Stecher

OV Deggenhausertal:

Nächste Mitgliederversammlung

Donnerstag 11.06.2015 um 19.30 Uhr

Ort folgt

Tagesordnung (vorläufig):

1. Bericht aus dem Gemeinderat

2. Themen in Land und Bund

3. Verschiedenes

Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind immer herzlich willkommen.

OV Markdorf:

Donnerstag, 11. Juni

20:00

Vorstandssitzung

an der B33 "Alte Tanke"

OV Meersburg:

SPD-Stammtisch

Donnerstag, 11.06.2015

20:00 Uhr

Ort: in der Weinstube im Truben, Meersburg, Steigstr. 6

Vorstandssitzung

Donnerstag, 25.06.2015

20:00 Uhr

Gutsschänke Meersburg

SPD - Kreisverband Bodenseekreis



SPD-Kreistagsfraktion zu Besuch bei Kreishandwerkerschaft

Handwerker-Nachwuchs, wohnortnahe Beschulung und VAB-O-Klassen standen im Mittelpunkt des Treffens

Interessante Informationen, einen Meinungsaustausch und auch einige Wünsche gab es für die SPD-Kreisräte in der Bildungsakademie der Handwerkskammer Ulm in der Steinbeisstraße in Friedrichshafen.

Im Gespräch mit dem Präsidenten der Handwerkskammer Ulm, Joachim Krimmer, dem Kreishandwerksmeister Christof Binzler und Geschäftsführer Georg Beetz wurde die Situation des Handwerks vor Ort beleuchtet. So steht das Handwerk – trotz attraktiver Berufe - bezüglich der Auszubildenden in direkter Konkurrenz zur in der Region stark vertretenen Industrie. Dass eine isolierte Betrachtung der sogenannten „Akademiker-Rate“, wonach in Deutschland nur 27% der jungen Menschen einen Studiumsabschluss haben, während es im Länderdurchschnitt 40 % seien, nicht als Aussage gegen das Handwerk verstanden werden sollte, darin waren sich alle einig. „Schließlich beneiden uns einige um die niedrige Jugendarbeitslosigkeit und die weltweit geschätzte Duale Ausbildung“, so Handwerkskammer-Präsident Krimmer.

Kreishandwerksmeister Binzler warb um die Notwendigkeit einer wohnortnahen Beschulung der Auszubildenden an den Berufsschulen des Kreises. Da es in immer mehr Berufen nur noch „Klein-Klassen“ gäbe, versuche man

zwar mit benachbarten Kreisen zu kooperieren, aber die Attraktivität einer Berufsausbildung leide natürlich darunter, wenn der Azubi nur mit hohen Übernachtungskosten während des Blockunterrichts oder mit langen Fahrzeiten zur Schule ans Ziel kommt.

Ein großes Anliegen sei deshalb die faire Kostenbeteiligung des Landes an den Unterkunftskosten des Auszubildenden während des Block-Unterrichts am Standort der Berufsschule. Hier wird eine Drittel-Finanzierung zwischen Land, Ausbildungsbetrieb und Schüler angeregt.



Bild-Unterschrift:
Kreishandwerksmeister Christof Binzler und der Ulmer-HK-Präsident Joachim Krimmer (links) sowie der Geschäftsführer Georg Beetz (rechts) zeigen den SPD-Kreisräten Norbert Zeller, Dieter Stauber, Ingrid Sauter und Charlie Maier die Ausbildung in der Bildungsakademie
Foto: Archiv SPD BSK

Ein besonderes Anliegen war den Vertretern der SPD-Kreistagsfraktion die Integration von Flüchtlingen und Menschen mit Migrationshintergrund ins Arbeitsleben. Hier wurde von den Vertretern des Handwerks das Angebot des Berufsvorbereitungsjahres gelobt. Es handelt sich um einjährige sogenannte VAB-O-Klassen (Vorbereitungsjahr Arbeit und Beruf für Jugendli-

che ohne Deutschkenntnisse). Hier wird z.B. unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen – aber auch anderen Jugendlichen mit nicht ausreichenden Deutsch-Kenntnissen - ermöglicht, zunächst einmal Deutsch zu lernen, aber auch die Allgemeinbildung zu vertiefen und berufliches Vorwissen zu erhalten, um dann im Anschluss eine Berufsausbildung zu beginnen. Binzler legt besonderen Wert darauf, dass schon in diesem Vorbereitungs-jahr der Praxis-Bezug gegeben ist und die Arbeitsabläufe im jeweiligen Betrieb erlernt werden können.

Solche Klassen gibt es z.B. an der Justus-von-Liebig-Schule in Überlingen und an der Claude-Dornier-Schule in Friedrichshafen.

Die sozialdemokratischen Kreisräte besichtigten anschließend die Ausbildungsräume für Metallberufe und Schweißer in der Bildungsakademie.

20.05.2015

Dieter Stauber

Zur Ablehnung der Reform der Kommunalverfassung durch MdL Müller (CDU)

Mehr Elemente direkter Beteiligung als sinnvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie – Änderung der Gemeindeordnung sinnvoll

Mit Verwunderung nehmen die Gemeinderäte und SPD-Kreisvorstandsmitglieder Britta Wagner (Kressbronn), Uwe Achilles (Markdorf) und Dieter Stauber (Friedrichshafen) zur Kenntnis, dass der CDU-Landtagsabgeordnete Ulrich Müller pauschal alle Ergänzung- und Änderungs-Anträge zur Reform der Kommunalverfassung ablehnt.

Um die Diskussion zu versachlichen, ist es dem SPD-Kreisvorsitzenden Dieter Stauber deshalb wichtig, an ein paar Beispielen die geplanten Änderungen in der Gemeindeordnung zu erläutern:

Es gibt überhaupt keinen Grund, bezüglich der vorgeschlagenen Änderungen in der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg zu behaupten, dass alle Änderungen „darauf zielen, Minderheitenrechte zu stärken und damit Mehrheiten und zügiges Handeln einzuschränken“, wie dies MdL Müller (CDU) in seiner Pressemitteilung behauptet

1. Es geht vielmehr auch darum, eine Rechtsgrundlage für die Bildung von Fraktionen zu schaffen. Die gibt es schon in der Realität, sie wurden aber bisher nicht in der Kommunalverfassung erwähnt. „Was soll daran falsch sein, dies nun zu tun?“
2. Zudem sollen Veröffentlichungen im Internet zulässig sein, was der Transparenz und Vereinfachung dient.
3. Gemeinderatsmitglieder sollen auch an Ortschaftsratssitzungen teilnehmen dürfen. „Warum soll dies nachteilig sein“, fragt sich Stauber irritiert?

Es wäre doch sicherlich vernünftiger, zu den einzelnen Punkten und Vorhaben Stellung zu nehmen, als zu behaupten, die Landesregierung würde „eine Strategie verfolgen, die Mehrheitsbildung und Entscheidungsfähigkeit der Gemeinden einzuschränken.“

4. Auch die Mindestfrist zur Übermittlung von Sitzungsunterlagen an Gemeinde- und Kreisräte oder
5. die Erstattung von Aufwendungen für die Kinderbetreuung oder Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger während der Sitzungen in Gemeinderat, Ortschaftsrat und Kreistag ist wohl kaum von einem vernünftigen und gutwilligen Menschen negativ zu werten.
6. Die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen sollen ebenso verbindlich verankert werden. Wer das ablehnt, muss schon inhaltlich begründen und nicht pauschal in Frage stellen!
7. MdL Müller kritisiert zudem die geplante Abschaffung der Altersgrenze für Bürgermeister. Diesen Schritt begrüßt jedoch der Gemeindetag!

Überhaupt hat sich die grün-rote Landesregierung mit dem Städtetag auf einen Kompromiss geeinigt. Demnach werden viele vorgeschlagenen Änderungen der Kommunalverfassung mitgetragen, wenn die geplante Absenkung der Quoren, zum Beispiel zur Einberufung einer Gemeinderatssitzung oder zur Akteneinsicht ausbleibt und die Vorberatungen nicht generell öffentlich sein müssen. (Hier sah der grün-rote Gesetz-Entwurf eine deutliche Senkung der Quoren und grundsätzlich öffentliche Vorberatungen vor.)

Britta Wagner, Uwe Achilles und Dieter Stauber (jeweils Gemeinderäte in Kressbronn, Markdorf und Friedrichshafen) stellen übereinstimmend fest, dass der Städtetag – zumindest in Teilen – Vorschläge mitträgt, wohingegen CDU-Landtagsabgeordneter Müller betont, dass seine CDU-Fraktion auf sein Anraten hin alle Punkte ablehne. Während also mit dem Städtetag etwas geht, macht die CDU auf Totalverweigerung!

Letztlich ist das eine schlechte Verhandlungsposition. Wer über Inhalte nicht mehr reden will, der läuft Gefahr, überstimmt zu werden.

8. Eine weitere Änderung sieht vor, dass aus den Bürgerversammlungen, neu Einwohnerversammlungen werden und aus dem Bürgerantrag der Einwohnerantrag. Der Unterschied: Auch Einwohner ab 16 Jahren, die nicht EU-Staatsangehörige sind oder nur ihren Zweitwohnsitz in der Gemeinde haben, sollen diese Instrumente nutzen können. Wer in der Kommune lebt – unabhängig von der Deutschen Staatsbürgerschaft und auch ab 16 Jahre - darf mitbestimmen – warum auch nicht?!

Müller kritisiert auch das neue Wahlrecht.

So schreibt er in seiner Pressemitteilung, Grün-Rot würde zielstrebig eigene politische Absichten verfolgen. Als Beleg wird das kommunale Wahlrecht aufgeführt, welches „deutlich zugunsten kleiner und kleinster Gruppen und damit wiederum zulasten von Mehrheiten und Handlungsfähigkeit geändert worden sei! Bei dem Unterschied zwischen den Wahlergebnissen und der Sitzverteilung in der Kommunalwahl vor einem Jahr habe man die Ergebnisse dieser Politik bereits feststellen können.“ „Hier offenbart sich das mangelnde Demokratieverständnis des CDU-Landtagsabgeordneten, der ein gutes Wahlrecht wohl ausschließlich mit einer ‚wie viele CDU-Mandate-Vorher-Nachher-Brille‘ betrachtet,“ so Dieter Stauber, Landtagskandidat der SPD.

„Es geht um ein möglichst gerechtes Auszählverfahren – und das ist das Verfahren Sainte-Lague/Schepers zweifelsohne!“

Das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers wird bereits seit 1980 für die Sitzverteilung in den Ausschüssen und Gremien des Deutschen Bundestages eingesetzt, seit 2009 auch für die Sitzverteilung bei Bundestagswahlen und der Europawahl. Zudem wurde bereits in den Bundesländern Hamburg und

Bremen die Sitzverteilung in den Bürgerschaften (Landesparlamente) nach diesem Verfahren vorgenommen. Auch in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gilt dieses Verfahren. Der deutsche Physiker Hans Schepers - seinerzeit Leiter der Gruppe Datenverarbeitung des Deutschen Bundestages - schlug 1980 eine Modifikation des Sitzverteilungsverfahrens nach d'Hondt vor, um die Benachteiligung kleinerer Parteien bei diesem Verfahren zu vermeiden.

Tatsache ist, dass das bisherige Verfahren nach D`Hondt die großen Parteien bevorzugt und kleine Parteien benachteiligt hat. Grün-Rot zu unterstellen, man würde hier durch ein nachweislich gerechteres Auszählverfahren die Handlungsfähigkeit der kommunalen Gremien verschlechtern, trifft also keinesfalls zu.

„Ich kann mir kaum vorstellen, dass tatsächlich die 23 Bürgermeister im Bodenseekreis alle vorgeschlagenen Änderungen ablehnen- wie neulich in der Presse berichtet - zumal der Städtetag hier eine andere Position vertritt“, so Stauber. Außerdem bin ich mir ziemlich sicher, dass eine Diskussion in den Gemeinderäten ein differenzierteres Meinungsbild ergeben würde, als nur die Behauptung, dass „Die Aushebelung des Selbstverwaltungsrechts der Kommunen“ drohe. Auch die Titulierung von sich partiell als Betroffene äußernden Bürgern als „U-Boot-Bürger“ erscheint hier nicht hilfreich.

Wenigstens die Absenkung der Quoren für Bürgerentscheide und Bürgerbegehren wird vom Gemeindetag und vom Städtetag und sogar von der CDU mitgetragen. In Bayern gelten für Bürgerbegehren – je nach Einwohnerzahl der Kommune 3 bis 10% Quorum und für Bürgerentscheide 10 bis 20%.

In Baden-Württemberg soll nun das Quorum für Bürgerbegehren 7% betragen und das für Bürgerentscheide auf 20 % gesenkt werden. Was in Bayern funktioniert (bekanntlich nicht grün-rot regiert), sollte in Baden-Württemberg in Sachen Bürgerbeteiligung auch möglich sein.

18.0.5.2015

Dieter Stauber

SPD OV Uhldingen-Mühlhofen, Bericht Jahresversammlung 2015

Der Ortsverein bleibt seinem Programm treu

In seinem Jahresbericht 2014 ließ der Vorsitzende Wolfram Klaar im Gasthof Sternen die wesentlichen Highlights des Jahres Revue passieren. Die Anstrengungen des 3-fach-Wahlkampfes um Gemeinderat, Kreisrat und EU Parlament waren für den kleinen Ortsverein in vieler Hinsicht fordernd. Die Entwicklung des Wahlprogramms führte dabei zu einer breit angelegten und fruchtbaren Diskussion über Möglichkeiten und Ziele der Gemeindeentwicklung.



Bildunterschrift:

Wolfram Klaar (links) bleibt für zwei weitere Jahre Vorsitzender des SPD-Ortsvereins, Ursula Plühs bleibt Stellvertreterin, Berthold Tischbein Kassenwart.

Bild: Kleinstück, mit Genehmigung des Südkurier

Im Wahlergebnis konnte schließlich der SPD-Stimmanteil deutlich verbessert werden, für einen 3. Sitz im Gremium hat es jedoch leider nicht gereicht, wie der Vorsitzende ausführte. Er wies nicht ohne Stolz auf die bereits erreichte Umsetzung eines erheblichen Teils der Themen hin, die man sich vorgenommen hatte und kündigte an, dass die SPD-Fraktion dieses Programm weiterhin als Richtschnur ihres Handelns im Rat verfolgen wird. Ein sehr erfreuliches Ergebnis war auch vom SPD-Bücherflohmarkt zu berichten. Spenden-Schecks über je 500,- Euro konnten an den Unterstützerkreis Migration und den Familientreff Kunter-Bund überreicht werden. Der Ortsverein dankte allen Bücherspendern und vor allem Ursula Plühs für ihren unermüdlichen Einsatz.

Die Entlastung des Kassenwarts erfolgte entsprechend der Empfehlung der Kassenprüfer einstimmig bei Enthaltung des Kassenwarts selbst. Auch der Gesamtvorstand wurde in der Folge einstimmig entlastet. Die Neuwahl der Vorstände verlief gleichermaßen einvernehmlich. Wolfram Klaar als Vorsitzender, Ursula Plühs als seine Stellvertreterin und Berthold Tischbein als Kassenwart stellten sich für weitere 2 Jahre zur Verfügung und wurden einstimmig in ihren Ämtern bestätigt. Heinz-Werner Meißner musste wegen extrem hoher Belastungen im privaten Bereich sein Amt als Schriftführer aufgeben. Sein Nachfolger wurde Oliver Anders, für den die Versammlung einstimmig votierte. Als Delegierte für die Kreiskonferenz wurden ebenfalls für 2 Jahre Wolfram Klaar und Stefan Anders bestimmt, als Stellvertreter für diese Aufgabe Ursula Plühs und Renate Eiberger.

Der alte und neue Vorsitzende dankte allen Anwesenden für ihr Vertrauen und ihre Unterstützung, ganz besonders aber Heinz-Werner Meißner für seinen Einsatz als Schriftführer, den er trotz aller widrigen Umstände bis zuletzt mit großer Hingabe geleistet hat.

In der anschließenden Diskussion wurde besonders der Mangel an neuen, jüngeren Mitgliedern beklagt. Einer der Anwesenden meinte dazu, er verstehe nicht, wie jüngere Bürger es hinnehmen und sich gefallen lassen, dass die Gestaltung der Zukunft ihrer Gemeinde fast ausschließlich von der älteren Generation besorgt wird, ein Appell an die Jugend, sich stärker und energischer in das Gemeindegesehen einzubringen.

19.05.2015

Oliver Anders, Wolfram Klaar

Alle haben etwas gelernt

Gestern habe ich in Ettenkirch eine Veranstaltung zum Mindestlohngesetz moderiert. Im Dialog mit der Gewerkschaftssekretärin Karin Brugger und dem Metzgermeister Rainer Gössl aus Tettngang wurde mir so richtig bewusst, weshalb es immer noch Kritik an der Umsetzung gibt: Nicht die Höhe des Mindestlohnes von 8,50 Euro wird kritisiert, sondern die Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG), welches seit 1994 gilt. Dort sind zum Schutz der arbeitenden Menschen Höchstgrenzen für die tägliche Arbeitszeit und die Mindestdauer von Pausen festgelegt. Durch die Aufzeichnungspflicht der Arbeitszeiten für bestimmte Branchen wird erst bewusst dass z.B. in der Gastronomie oft in der täglichen Praxis dieses Gesetz nicht eingehalten wird.



Rainer Gössl, Dieter Stauber und Karin Brugger in der Diskussion mit Gästen auf der Veranstaltung zum Thema Mindestlohn
Foto: F. Labitzke

Es war eine sachliche und lebendige Diskussion in der „Krone“ in Ettenkirch. Der Vertreter des Handwerks warb um Verständnis, dass zahlreiche Dokumentationspflichten (Hygiene, Allergene, etc.) sowie eine Bevorzug-

ung von energieintensiven Großbetrieben nach dem EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) und die Ausweitung der Öffnungszeiten zu Lasten kleinerer regionaler Handwerksbetriebe den Wettbewerb verschärfen. Die SPD steht zum Mindestlohngesetz. In der Abstimmung im Bundestag gab es nur 5 Nein-Stimmen!

Aus dem Publikum kam der Hinweis, dass dieses Gesetz nur so wirkungsvoll ist, wie es auch kontrolliert wird, zugunsten derjenigen Betriebe, die sich an die Vorschriften halten.

28.05.2015

Dieter Stauber

SPD-Kreistagsfraktion informiert sich über Trasse der B 30neu

Vor Ort in Meckenbeuren informierte sich die SPD-Kreistagsfraktion über die möglichen Varianten der geplanten Umgehung.

Während in 5 Metern Entfernung auf der B 30 der Verkehr rollte, ließen sich die sozialdemokratischen Kreisräte und Vorstandsmitglieder der SPD Meckenbeuren von Tobias Gähr – dem Leiter des Straßenbauamtes im Bodenseekreis – und Michael Wolff, Oliver Frei und Helga Brauer – Mitglieder des Aktionsbündnisses gegen den Korridor Mitte – im Gasthof Löwen Details der verschiedenen Varianten erklären.

Norbert Zeller – Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten im Kreistag – ließ keinen Zweifel, dass die Linienbestimmung der B 30-Trasse von der Kreisgrenze bei Untereschach bis zum Anschluss an Friedrichshafen im Messe-Bereich noch in 2015 erfolgen müsse.

Die Vertreter des Aktionsbündnisses gegen den Korridor Mitte erläuterten detailreich bei der namensgebenden Variante „Mitte“ die größten Betroffenheiten für die Bürger.

SPD-Kreisrätin Ingrid Sauter – zugleich Fraktionsvorsitzende der SPD im Gemeinderat Meckenbeuren - bekräftigte, dass der sogenannte „Korridor Mitte die schlechteste Lösung für Meckenbeuren“ sei.

Trotzdem bleibe es rechtlich notwendig – so machte auch der Leiter des Straßenbauamtes klar – dass alle Varianten verglichen und geprüft werden um dann zu einer Trassenempfehlung und einer Linienbestimmung zu kommen.

In der anschließenden Diskussion kam auch zum Ausdruck, dass im Zusammenwirken von B 30 und B 31 der Planfall 7 für die Region eine Ersatz- und Entlastungswirkung für die B 33 vorsieht. Deswegen muss die Lösung der B 30 Meckenbeuren auch im großen Zusammenhang gesehen werden und auf Akzeptanz in der gesamten Raumschaft stoßen.

Dieter Stauber – SPD-Landtagskandidat – stellte klar, dass er sich auf Landes- und Bundesebene für die schnelle Verwirklichung der B 30 zwischen Ravensburg und Meckenbeuren einsetzen werde.

Das Angebot des Aktionsbündnisses, die drei Trassenvarianten mit der Kutse zu „erfahren“, fand bei den Mitgliedern der SPD-Kreistagsfraktion große Zustimmung.

Norbert Zeller und Ingrid Sauter bedankten sich für die Informationen aus erster Hand und versicherten, dass die SPD-Fraktionen in Kreis und Gemeinde im Schulterschluss alles tun und sich beim Land und Bund dafür engagieren werden, damit eine schnelle und bestmögliche B 30 als Ortsumgehung von Meckenbeuren ermöglicht wird.

29.05.2015

Homepage [SPD Bodenseekreis](#)

Ortsverein Überlingen

Fraktion

WAS LANGE WÄHRT, WIRD HOFFENTLICH ENDLICH GUT...

In der letzten Gemeinderatssitzung wurde endlich der Bebauungsplanentwurf für den Nahversorger auf dem P&R-Parkplatz am Krankenhaus beschlossen. Die Planung des Projekts Edekamarkt in der Nähe des Hildegardrings ist damit hoffentlich endlich auf der Zielgeraden. Der Markt könnte schon Jahre stehen. Obwohl der Gemeinderat die Errichtung eines Nahversorgers an der genannten Stelle seit Jahren befürwortet, führten Fehler und Missverständnisse der Stadtverwaltung zu erheblichen Zeitverzögerungen. Hierdurch wurde den Bewohnern des Wohngebiets Schättlisberg/ Härten vermeidbar die dringend gebotene Möglichkeit vorenthalten, schnell und zu Fuß bzw. mit dem Rad ihre Einkäufe zu tätigen. Gerade für ältere oder gehbehinderte Mitbewohner ist die nahe Einkaufsmöglichkeit sehr wichtig.

Gleiches gilt für Mitbürger ohne PKW. Im Übrigen stellt jedes Fahrzeug, das nicht zum Einkaufen in die Kernstadt fährt, einen effektiven Beitrag zur Verkehrsentlastung dar. Die SPD-Fraktion hat stets auf die rasche Realisierung des Marktes gedrängt. Sie wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dessen möglichst schnelle wirkliche Eröffnung zu erreichen. Für uns ist dies ein Teil sozialpolitischen Handelns.

16.05.2015

Homepage OV Überlingen

SPD Kreis BC MdB Martin Gerster

Gerster tauscht sich mit georgischer Außenministerin aus

Städtepartnerschaft Biberach-Telawi „vorbildlich und wegweisend“



Im Bild: Martin Gerster (links), Außenministerin Tamar Berutschaschwili und Georgiens Botschafter Lado Chanturia (rechts im Bild)

Foto: Archiv Gerster

Biberachs SPD-Bundestagsabgeordneter **Martin Gerster** hat sich in Berlin mit der neuen georgischen Außenministerin **Tamar Berutschaschwili** getroffen. Thema war die Städtepartnerschaft zwischen Biberach und Telawi. Tamar Berutschaschwili bezeichnete die Kontakte zwischen den beiden Städten als "vorbildlich und wegweisend" für die gesamten deutsch-georgischen Beziehungen und lobte das große Engagement der Biberacher zugunsten Telawis sowie die große Verbundenheit, die sich in den letzten Jahren unter den Bürgern beider Partnerstädte entwickelt habe.

Eingefädelt hatte das Treffen der georgische Botschafter in Deutschland, Seine Exzellenz Lado Chanturia, der auf Einladung von Martin Gerster im Herbst die Georgische Woche in Biberach eröffnet hatte. Gerster nutzte die Gelegenheit, um die georgische Außenministerin nach Biberach einzuladen, gleichzeitig sagte die ranghohe georgische Vertreterin bestmögliche Unterstützung für Anliegen zur weiteren Stärkung der Städtepartnerschaft Biberach - Telawi zu.

Im Anschluss an das Treffen empfing Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier seine Amtskollegin zu einem Antrittsbesuch. Dabei standen das EU-Assoziierungsabkommen mit Georgien und die Vorbereitung des geplanten deutsch-georgischen Freundschaftsjahrs 2017 im Mittelpunkt.

Berlin, 06.05.2015

Alexander Geisler M.A. , Büro Martin Gerster, MdB

„Zwei Drittel der Frauen und die Hälfte der Männer werden pflegebedürftig“

MdB Gerster, AOK-Chefin Schwenk und Diakon Fritzenschaft diskutieren mit Pflegebeschäftigten

Die meisten Teilnehmer der Gesprächsrunde waren Pflegefachkräfte, teilweise in leitenden Positionen. Und sie fühlten dem Podium auf den Zahn: Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster**, die Geschäftsführerin der AOK Ulm-Biberach, Dr. Sabine Schwenk, und Diakon Roland Fritzenschaft von der Initiative „Mehr Zeit für Pflege“ – alle mit Erfahrungen pflegebedürftiger Angehöriger – wollten in wechselseitigem Dialog mit den Anwesenden Erfahrungen austauschen und Wissen weitergeben. Kon-

frontiert wurden sie mit deutlichen Worten, beispielsweise der Pflegedienstleiterin einer Senioreneinrichtung: „Meine Leute sind total erschöpft und haben keine Zeit und keine Kraft mehr, ihren Beruf sinnvoll auszuüben“, erklärte sie. „Wir sehen vom abgefahrenen Zug nur noch die Rücklichter.“



v. li. Dr. Sabine Schwenk, Diakon Roland Fritzenschaft, MdB Martin Gerster
Foto: Archiv Gerster

„Zwei Drittel der Frauen und die Hälfte der Männer werden pflegebedürftig“, hatte **Gerster** zuvor in seiner Begrüßung aufgezeigt. „Vielleicht, weil Männer noch nicht so alt werden wie Frauen“, war eine Erklärung aus der Runde dazu, die Gerster zwar nicht bestätigen konnte. Er merkte aber an, dass die Demografie die Zahl der Pflegebedürftigen und gleichzeitig die notwendige Zahl der Betreuungsfachkräfte ständig wachsen lasse. „Wir brauchen mehr Geld im System“, so Gerster. Immerhin 2,4 Milliarden Euro mehr sehe das seit diesem Jahr geltende erste Pflegestärkungsgesetz (PSG) vor, das der SPD schon zu Oppositionszeiten ein wichtiges Anliegen gewesen sei.

„Das ist zu wenig Geld und kann die viel zu schlechte Bezahlung der Beschäftigten nicht verbessern und junge Menschen motivieren den Pflegeberuf zu ergreifen“, entgegnete eine Krankenschwester, „und für Pflegekräfte aus dem Ausland haben wir nicht mehr die Personalressourcen, um sie richtig einzulernen.“ Dem pflichtete AOK-Chefin Schwenk bei, die sich eine jährliche Dynamisierung der Mittelzuwächse wünschte, denn verglichen mit 2009 werde die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2030 um rund die Hälfte wachsen. „Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, denn die Mehrheit von uns wird sie einmal benötigen.“

„Wir sollten uns deshalb Gedanken über finanzielle Prioritäten machen“, wünschte sich Diakon Fritzenschaft. Als Pflegekraft könne man derzeit keine Familie ernähren. „Wem macht es wirklich was aus, ob ein Produkt etwas später geliefert wird?“ Pflege gebe den Menschen ihre Würde, aber sie wüssten nicht, in welche Richtung es gehe. „Die Verbesserungen müssen publiziert werden“, forderte er.

Dem kam Gerster gerne nach und nannte als seit Januar geltende Regeln die bessere Unterstützung pflegender Angehöriger durch mehr Tages- und Kurzzeitpflegeplätze, eine zehntägige bezahlte Pflegezeit bei Bedarf, die Erhöhung des Betreuungsschlüssels von 1:24 auf 1:20 oder den um 60 Prozent erhöhten Zuschuss für pflegebedingte Wohnungsumbauten. „Das ist nicht das Ende, sondern das sind erste Schritte.“ Die Diskussionen zum 2. Stärkungsgesetz drehten sich um die Förderung der physischen und psychischen Eigenständigkeit der Patienten und damit zusammenhängend eine neue Definition der Pflegebedürftigkeit.

„Viele wollen vom Thema leider nichts wissen, solange nicht sie selbst oder Angehörige betroffen sind“ sagte er. Pflege sei aber eine Angelegenheit, die brenne. „Das treibt meine Partei und die SPDBundestagsfraktion um und es wird aus meiner Sicht als Mitglied des Haushaltsausschusses mehr Geld kosten.“

Biberach, 13.5.2015

Wolfgang Heinzl, Bürgerbüro Martin Gerster, MdB

Neues Programm gegen Einbrüche

Martin Gerster MdB:

Profitieren werden vor allem das Illertal und das Allgäu

Wer seine Wohnung oder sein Haus besser gegen Einbruch schützen will, erhält dafür in Zukunft eine Finanzierungshilfe vom Bund. Das hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am heutigen Mittwochnachmittag beschlossen. "Profitieren davon werden auch zahlreiche Bürger in Oberschwaben und im Allgäu", so Biberachs SPD-Bundestagsabgeordneter **Martin Gerster**, der sich für dieses Programm stark gemacht hat. "Gerade entlang der A7 und der A96 ist der Schutz vor Einbrüchen ein großes Thema. Nicht nur der verlorene Sachwert, sondern auch der Eingriff in die Privatsphäre machen Angst." Gerster weiter: "Sicherheitsexperten sagen, durch effektiven Einbruchsschutz könnte dem erfolgreich entgegengewirkt werden."

Über das SPD-geführte Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit werden für insgesamt 30 Millionen Euro Finanzierungshilfen als Zuschüsse für Materialkosten gewährt. Diese können zusätzlich zur steuerlichen Absetzbarkeit in Anspruch genommen werden. Als Mindestvolumen für die zu fördernden Maßnahmen sind 500 Euro vorgesehen. Ein Fünftel der getätigten Investition soll so finanziert werden, höchstens jedoch 1500 Euro.

"Ich hoffe, dass vor allem im Illertal und im Allgäu viele Menschen davon Gebrauch machen", so Gerster, der im Haushaltsausschuss unter anderem für Sicherheitsbehörden zuständig ist.

Sobald die Details des Programms beschlossen sind, will der SPD-Abgeordnete **Martin Gerster** im Illertal und im Allgäu Interessierte über die neuen Möglichkeiten informieren.

Berlin, 20.05.2015

Alexander Geisler M.A., Büro Martin Gerster, MdB

Gerster schreibt für Lokale Agenda Biberach 21 an Bundesfamilienministerin

Um den Anliegen der lokalen Agenda Biberach 21 bundespolitisches Gehör zu verschaffen hat der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** sich in einem Brief an Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) gewandt.



Gerster mit Arbeitsgruppe „Geschlechter gerecht“ der Lokalen Agenda Biberach 21

Foto: Archiv Gerster

Vorangegangen war ein Treffen zwischen dem 43-jährigen Parlamentarier und der Agenda-Arbeitsgruppe „Geschlechter gerecht“, die sich bei der Lokalen Agenda des Themas Gender Mainstreaming annimmt. Die Gruppe hatte Gerster auf Schwachpunkte des aktuell diskutierten Prostituiertenschutzgesetzes hingewiesen und ihn gebeten, die Kritikpunkte in den Berliner Politikbetrieb einzubringen.

„Auch wenn das Gesetz durchaus in die richtige Richtung weist, gibt es auch für mich Ansatzpunkte, wo Verbesserungen denkbar wären“, so

Gerster. Deshalb appellierte er in seinem Schreiben an die Ministerin, die Punkte der Biberacher Arbeitsgruppe zu prüfen und zu den gemachten Vorschlägen Stellung zu nehmen: „Ziel muss es sein, dass Prostituierte vor Gewalt, De-mütigung und Zwang bestmöglich geschützt werden“.

Berlin, 20.05.2015

Alexander Geisler M.A., Büro Martin Gerster, MdB

Ortsumfahrung B 12:

Große Koalition für Großholzleute

Die beiden Bundestagsabgeordneten **Martin Gerster** (SPD) und Waldemar **Westermayer** (CDU) setzen sich in Berlin gemeinsam für einen zügigen Bau der Ortsumfahrung Isny-Großholzleute B 12 ein. Beide haben sich unabhängig voneinander vor Ort ein Bild von der Verkehrssituation gemacht. Dabei wurden sie von Bürgermeister Rainer Magenreuter und Ortsvorsteher Franz Mayer sowie von weiteren Mitstreitern begleitet.

Mehr als 10.000 Fahrzeuge, darunter viele LKW, kreuzen täglich die Ortschaft, verursachen Lärm und bedeuten eine hohe Unfallgefahr. „Dieser Zustand muss so schnell wie möglich beseitigt werden“, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Waldemar Westermayer. „Wir wollen gemeinsam dafür kämpfen, dass die B 12 Großholzleute im nächsten Bundesverkehrswegeplan möglichst weit nach vorne kommt und so schnell wie möglich realisiert wird“, so der SPD-Abgeordnete Martin Gerster aus Biberach.

Beide Abgeordnete sind sich einig: „Die Umfahrung ist ein relativ kleines, verhältnismäßig kostengünstiges Projekt und hat deswegen auch eine bevorzugte Behandlung verdient.“

In einem gemeinsamen Schreiben an Verkehrsminister Dobrindt sowie in den Beratungen zum neuen Bundesverkehrswegeplan wollen sich Westermayer und Gerster für Großholzleute stark machen.

Berlin, 22.05.2015

Martin Gerster, MdB und Waldemar Westermayer, MdB



Auf dem Foto sehen Sie (jeweils von links nach rechts):

Hintere Reihe: Claus-Dieter Fehr (Amtsleiter städt. Bauamt und Liegenschaften), Franz Mayer (Ortsvorsteher von Großholzleute), Rainer Magenreuter (Bürgermeister Isny)
Mitte: Edwin Stöckle (SPD-Fraktionsvorsitzender Gemeinderat), Otto Ziegler (SPD-Vorsitzender OV Isny)

Vordere Reihe: Alexandra Haug (Bauamt), Gabriele Kimmerle (SPD-Gemeinde- und Ortschaftsrätin) und Martin Gerster, MdB

Foto: Archiv Gerster

SPD Kreis Ulm
Alb-Donau Kreis
MdB Hilde Mattheis

2 Millionen Euro für Städtebauförderung

„Die Städtebauförderung des Bundes kommt in Ulm und dem Alb-Donau-Kreis an“, berichtet die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**. Von den 700 Millionen Euro, mit denen im Jahr 2014 bundesweit 2.088 städtebauliche Maßnahmen gefördert wurden, flossen knapp 2 Millionen Euro nach Ulm und in den Alb-Donau-Kreis.

Den größten Einzelposten mit knapp 500.000 Euro stellte der Stadtumbau im Bereich Stadelwiesen in Blaustein dar. Nach Ulm flossen für Denkmalschutz, Stadtumbau und aktive Ortsteilzentren im Bereich Dichterviertel, Wengenviertel, Oberer Kuhberg und Weststadt insgesamt 922.000 Euro. In Ehingen wurden der Denkmalschutz im Franziskanerkloster und das Ortsteilzentrum Untere Stadt mit insgesamt gut 190.000 Euro gefördert. Im Programm Kleinere Städte und Gemeinden erhielten Beimerstetten fast 280.000 Euro für den Ortskern und Langenau für den Bahnhof gut 20.000 Euro.

„Mit der Städtebauförderung unterstützen wir die Kommunen beim demografischen, sozialen und ökonomischen Wandel sowie beim Klimaschutz. Ich bin froh, dass die von uns durchgesetzte Erhöhung der Städtebauförderung hier in der Region solche Erfolge zeigt“, so Mattheis. Insgesamt flossen in den letzten zehn Jahren 37,8 Millionen Euro nach Ulm und den Alb-Donau-Kreis.

4. Mai 2015

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Barrieren abbauen und Teilhabe ermöglichen

Heute am 5. Mai rufen wieder zahlreiche Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen zum „Europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ auf. In ganz Europa treten Menschen mit und ohne Behinderungen für eine inklusive Gesellschaft und den Abbau von Barrieren ein.

Anlässlich des Aktionstags erklärt die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**: „Barrierefreiheit ist die wichtigste Voraussetzung für eine inklusive Gesellschaft. Nur wenn Menschen mit Behinderungen zu allen Bereichen der Gesellschaft Zugang haben, können sie daran teilhaben und selbstbestimmt leben. Dies betrifft nicht zuletzt auch das Wohnen in den eigenen vier Wänden.“

Unter dem Motto „Aufzug statt Auszug“ fordern die Aktivistinnen und Aktivistinnen in diesem Jahr mehr barrierefreien Wohnraum für Menschen mit Behinderungen. „Der Bedarf an barrierefreiem Wohnraum steigt auch in Ulm und dem Alb-Donau-Kreis angesichts des demografischen Wandels stetig“, verdeutlicht Mattheis. „Darum freue ich mich, dass wir den Abbau von Barrieren seit dem letzten Jahr wieder bezuschussen. Mit dem Programm „Altersgerecht Umbauen“ stellt der Bund hierfür in den kommenden drei Jahren mehr als 100 Millionen Euro bereit. Auch die 3,5 Milliarden Euro im Rahmen des Sondervermögens zur kommunalen Entlastung können für den Abbau von Barrieren genutzt werden. Insgesamt stehen in unterschiedlichen Programmen knapp fünf Milliarden Euro Bundesgelder bereit, die in Barrierefreiheit investiert werden können. Beispielsweise rückt die Städtebauförderung das Thema Barrierefreiheit dieses Jahr in den Fokus und ermöglicht es Gemeinden, gezielt in ein barrierefreies Wohnumfeld zu investieren“, berichtet die Bundestagsabgeordnete.

Neben der Barrierefreiheit sind für viele Menschen mit Behinderungen auch angemessene Nachteilsausgleiche und Assistenzleistungen zentral, um selbstbestimmt leben zu können. Die SPD-Bundestagsfraktion packt darum in dieser Legislaturperiode die Reform der Eingliederungshilfe an. „Im nächsten Jahr werden wir ein Bundesteilhabegesetz verabschieden, das zahl-

reiche Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen enthalten wird. Hierfür setzen wir uns mit aller Kraft ein und begleiten den derzeit laufenden Prozess entsprechend“, erklärt Mattheis. Ziel ist es, die Eingliederungshilfe endlich aus dem „Fürsorgesystem“ herauszunehmen, die Personenzentrierung sowie das Wunsch- und Wahlrecht zu stärken und die Bedarfe zukünftig in einem bundeseinheitlichen Verfahren zu ermitteln. Wesentliche Verbesserungen sind darüber hinaus hinsichtlich der Einkommens- und Vermögensanrechnung sowie der persönlichen Assistenz geplant. Das Bundesteilhabegesetz soll im Jahre 2016 verabschiedet werden und im Jahr 2017 in Kraft treten.

5. Mai 2015

**Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB**

Beste deutsche junge Uni: Mattheis gratuliert der Uni Ulm

„Von allen Universitäten, die jünger als fünfzig Jahre alt sind, ist Ulm die beste aus Deutschland“, gratuliert die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** der Universität Ulm.

Im Ranking des Magazins „Times Higher Education“ belegt die Universität Ulm den 15. Platz. Sie ist damit die beste von insgesamt sieben deutschen jungen Universitäten und liegt vor Konstanz, Bochum, Bielefeld, Duisburg-Essen, Bayreuth und Bremen. Im Vergleich zum Vorjahr konnte sie sich sogar um einen Platz verbessern.

„Wir sind spitze“, freute sich Mattheis über die Beurteilung, die vor allem die Lern- und Forschungsumgebung, das Einkommen der Hochschule und die internationale Ausrichtung bewertet.

6. Mai 2015

**Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB**

Anlässlich des Tags der Kinderbetreuung am 11. Mai erklärt die Abgeordnete Hilde Mattheis:

Mehr Anerkennung für Erzieherinnen und Erzieher

Gute Kindertagesstätten sind die Voraussetzung dafür, dass Eltern in Ulm und dem Alb-Donau-Kreis Familie und Beruf vereinbaren können. Gleichzeitig ermöglichen sie unseren Kindern einen guten Start ins Leben. Möglich machen das die Menschen, die in Kitas und in der Tagespflege arbeiten. Am 11. Mai feiern wir ihnen zu Ehren den Tag der Kinderbetreuung. Er erinnert seit 2012 daran, dass Erzieherinnen und Erzieher Tag für Tag hervorragende Arbeit leisten.

Sie fördern unsere Kinder von Anfang an und sorgen für bessere Bildungschancen. Kitas werden immer mehr zu einer Bildungsinstitution. Das hat Auswirkungen auf die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher, die in den letzten Jahren noch deutlich anspruchsvoll und verantwortungsvoller geworden ist.

Deshalb verdienen Erzieherinnen und Erzieher mehr Anerkennung. Sie verdienen eine bessere Entlohnung.

7. Mai 2015

**Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB**

Mattheis begrüßt weitere Entlastung der Kommunen

Im Nachtragshaushalt 2015 hat die SPD-Bundestagsfraktion dafür gesorgt, dass 15 Milliarden zusätzlich im Bundeshaushalt bereitstehen, um in Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz zu investieren und Kommunen zusätzlich zu entlasten. „Wir halten unser Versprechen, Mehreinnahmen vorrangig für Investitionen einzusetzen, damit unser Land auch morgen noch gut aufgestellt ist“, berichtet die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** aus der Berliner Sitzungswoche.

Mit einem kommunalen Investitionsfonds in Höhe von 3,5 Mrd. Euro greift der Bund zudem finanzschwachen Kommunen gezielt unter die Arme, damit

diese nicht den Anschluss verlieren und eine angemessene Daseinsvorsorge anbieten können. Darüber hinaus setzt sich Mattheis dafür ein, dass der Bund die Städte und Gemeinden bei den steigenden Kosten für Flüchtlingen strukturell und substanziell entlastet. „Die Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen ist eine gesamt-staatliche Aufgabe, für die auch Bund und Länder angemessen Verantwortung übernehmen müssen. Hier erwarten wir beim Treffen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder im Juni endlich eine klare und konkrete Übereinkunft“, fordert Mattheis.

Die Voraussetzungen für die Umsetzung werden mit dem Gesetzentwurf zum Nachtragshaushalt 2015 geschaffen. Vorgesehen ist, die bereits für das Jahr 2017 beschlossene kommunale Entlastung von 1 Mrd. Euro um 1,5 Mrd. Euro auf insgesamt 2,5 Mrd. Euro aufzustocken. Zusätzlich werden 3,5 Mrd. Euro für das Sondervermögen Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ bereitgestellt. Damit sollen kommunale Investitionen in die Bereiche Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz gefördert werden. Die Mittel werden auf Basis eines Schlüssels auf die Länder verteilt, der die jeweilige Bedürftigkeit widerspiegeln soll. Der Schlüssel ergibt sich zu je einem Drittel aus der Einwohnerzahl, der Höhe der Kassenkredite und der Anzahl der Arbeitslosen. Die Länder legen dabei selbst fest, welche Kommunen sie als finanzschwach definieren.

20. Mai 2015

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Mattheis will berufliche und akademische Bildung gleichwertig behandeln

„Wir setzen uns für mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung ein, um mehr Menschen individuelle Bildungs- und Beschäftigungswege zu ermöglichen“, bekräftigt die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** die Pläne der Koalition vor der bevorstehenden Parlamentsdebatte in Berlin.

Gerade für die Arbeitsmarktsituation in der hiesigen Region seien Verbesserung aufgrund des Fachkräftemangels einerseits und der nötigen Unterstützung für Jugendlichen mit Migrationserfahrung andererseits nötig. Im

Mittelpunkt eines Koalitionsantrages zum Fünften Bundesbildungsbericht steht deshalb die Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung. „Wir brauchen Konzepte für die Verbesserung der Berufs- und Studienorientierung, damit Ausbildungs- und Studienabbrüchen vorgebeugt wird. Wir werden außerdem die Förderung der beruflichen Weiterbildung zum Meister, Techniker oder Fachwirt verbessern“, so Mattheis.

21.05.2015

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Unbeschwertes Lachen beim Mitmachzirkus für Flüchtlingskinder

Lachen, Rennen, Turnen, Spielen: Trotz Schulferien war viel los in der Turnhalle und dem Pausenhof der Albrecht-Berblinger-Schule. Kinder liefen auf Stelzen, jonglierten Bälle und lernten Einrad fahren. Die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** hatte gemeinsam mit dem SPD-Arbeitskreis Migration und Dieter Baumann von der Circusschule Harlekin für die Kinder aus der Gemeinschaftsunterkunft in der Römerstraße einen Mitmachzirkus veranstaltet.



Foto: Archiv Mattheis

„Es ist ein wunderbarer Nachmittag, an dem der Bewegungsdrang der Kinder, unbeschwertes Lachen und Freude am gemeinsamen Tun im Mittelpunkt stehen“, freute sich Mattheis an den strahlenden Kinderaugen.

Nachdem die Familien in der Flüchtlingsunterkunft abgeholt worden waren, unterhielten sie die Jugendlichen der Circusschule Harlekin mit einer kleinen Vorführung. Danach konnten die Flüchtlingskinder selbst ausprobieren, welche akrobatischen Fähigkeiten in ihnen stecken. Unter Hilfestellungen der Jungsozialisten (Jusos) und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) probierten etwa 50 Kinder Jonglieren, mit Stelzen zu laufen, Einrad zu fahren und auf Rollen zu balancieren. Zwischendurch konnten sie sich mit ihren Eltern dank der Kuchenspenden von SPD-Mitgliedern und Unterstützern stärken. Die 40 Erwachsenen hatten bei einer Tasse Kaffee auch die Möglichkeit, der Parlamentarierin ihre Sorgen und Nöte zu schildern, die vom langwierigen Asylverfahren bis zur Suche nach Bildungsangeboten reichten. Ermöglicht wurde der Mitmachzirkus auch durch die unbürokratische Unterstützung der Stadt Ulm und die tatkräftige Hilfe des Hausmeisters der Albrecht-Berblinger-Schule.

„Diese Kinder fröhlich toben zu sehen ist der Beweis, dass wir viel erreichen könne, wenn einige Menschen gemeinsam an einem Strang ziehen“, dankte Mattheis allen ehrenamtlichen Helfern, die den Mitmachzirkus ermöglicht hatten.

27.05.2015

**Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis**

SPD Kreis Konstanz
MdL Hans-Peter Storz



Jedes Kind ist wichtig

Bildungspolitisches Gespräch mit dem Experten Dr. Stefan Fulst-Blei MdL

"Jedes Kind ist wichtig!" Die grün-rote Landesregierung hat den Anspruch, jedes Kind, bestmöglich zu fördern. An diesem Ziel müssen sich Schulen und die Bildungspolitik messen lassen. Die Stichworte "längeres gemeinsames Lernen" und das Ziel mehr Bildungsgerechtigkeit umschreiben wichtige Maßnahmen, die wir eingeleitet haben. Bildungspolitik kümmert sich um die Zukunft junger Menschen, daher interessiert vor allem: Was können Schulen und was muss die Politik künftig für bessere Bildung tun?

Diese Fragen möchte mit Ihnen diskutieren:
Ich lade Sie daher zu einem bildungspolitischen Gespräch am

Mittwoch, den 10. Juni 2015 um 19.30 Uhr

in das **Hotel Barbarossa**, Obermarkt 8, in **Konstanz** ein.

Als sachkundigen Gesprächspartner konnte ich Dr. Stefan Fulst-Blei MdL Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion gewinnen, der ge-

wissermaßen alle Seiten der Bildungspolitik bestens kennt. Vor seiner Wahl in den Landtag unterrichtete er an beruflichen Schulen. Als langjähriges Mit-



Dr. Stefan Fulst-Blei MdL
Foto.: Archiv Storz

glied des Gemeinderats der Stadt Mannheim weiß er, vor welchen Aufgaben Städte und Gemeinden hier stehen.

Ich freue mich auf einen spannenden Abend.
Hans-Peter Storz

[Einladungskarte zum Download und zum Weiterverteilen](#)

Eine weitere Veranstaltung mit Stefan Fulst-Blei findet am Donnerstag, den 11. Juni um 19 Uhr im Restaurant Rittergarten, Neuhauser Str. 47 in Tuttlingen statt
04.06.2015

Winfried Kropp, Abgeordnetenbüro Hans-Peter Storz MdL

DL21-Newsletter vom 19.05.2015

Liebe Genossinnen und Genossen,



Foto: Archiv DL 21

auf unserer Frühjahrstagung am vergangenen Wochenende haben wir viele inhaltliche Schwerpunkte diskutiert und einige Anträge beschlossen. Die

Tagung begann mit einem Kamingespräch zur rot-rot-grünen Landesregierung in Thüringen, an der u. a. der thüringische Ministerpräsident **Bodo Ramelow** (LINKE), der Innenminister **Holger Poppenhäger** (SPD), **Diana Lehmann**, MdL (SPD), **Martina Renner**, MdB (LINKE) und die stv. Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Landtagsfraktion **Madeleine Henfling** teilnahmen.



Foto: Archiv DL 21

Im Gespräch wurde deutlich: Alle drei Parteien sind bemüht, die Koalition zum Erfolgsmodell zu machen, indem man sich nicht in Streitigkeiten ergehen will, sondern daran arbeitet, dass alle drei Koalitionspartner erfolgreich dastehen. So betonte Ramelow, dass er Ministerpräsident der gesamten Koalition, nicht nur der Linken sei. Den gesamten Bericht zu diesem Abend könnt ihr [hier](#) nachlesen.

Vorratsdatenspeicherung

Die DL21 hat zudem einen klaren Beschluss gegen die derzeitigen Pläne der Bundesregierung zur Vorratsdatenspeicherung gefasst. Mit diesem Beschluss wollen wir die zahlreichen Gliederungen der SPD unterstützen, die sich ebenfalls gegen die VDS aussprechen, um ein deutliches Zeichen vor dem Parteikonvent zu setzen. Die Delegierten sollten dem Willen der SPD-Basis folgen und die Vorratsdatenspeicherung ablehnen. Den Beschluss der DL könnt ihr [hier](#) nachlesen. Außerdem findet ihr [hier](#) ein Argumentationspapier gegen die Vorratsdatenspeicherung.

BND

Ebenfalls haben wir ein Positionspapier zum aktuellen BND-Skandal vorgelegt. Noch ist hier unklar, wer an welcher Stelle wie versagt hat, um entsprechende personelle Konsequenzen zu ziehen. Aber es ist offensichtlich, dass Reformen zur Kontrolle des BND nötig sind. Dazu muss u. a. das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) des Bundestages personell und statuarisch gestärkt werden, um eine strengere und effektivere Kontrolle ausüben zu können. Das Positionspapier der DL dazu findet ihr [hier](#).

Wirtschaftspolitisches Positionspapier

Das Papier zu linkssozialdemokratischer Wirtschaftspolitik wurde auf der Tagung breit debattiert. Die Diskussion dazu ist aber noch nicht abgeschlossen. Die DL hat allerdings ihre klare Haltung für eine Ablehnung der Freihandelsabkommen TTIP und CETA in ihrer derzeitigen Form bekräftigt.

Streik der ErzieherInnen

Die DL21 erklärt sich solidarisch mit dem Streik der KiTa Erzieherinnen und Erzieher und ihren Streikzielen. Ihre anspruchsvolle Arbeit in den Kindertagesstätten und ihr wichtiger Beitrag zur Entwicklung und pädagogischen Begleitung der Kinder vor der Einschulung muss entsprechend angemessener vergütet werden und so die Wertschätzung der gesamten Gesellschaft erfahren.

Die Betreuung und Erziehung unserer Kinder in Kindertagesstätten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sie muss daher auch von der gesamten Gesellschaft getragen werden und öffentlich ausreichend finanziert werden. Die berechtigten Forderungen der Erzieherinnen und Erzieher sind ein Be-

weis dafür, dass zur ausreichenden Finanzierung auch ausreichende Einnahmen der öffentlichen Hand notwendig sind. Städte und Gemeinden brauchen daher auch eine bessere finanzielle Ausstattung durch bessere Beteiligung an höheren Steuereinnahmen.

Neuer Vorstand

Auf unserer Mitgliederversammlung am Samstag Nachmittag wurde ein neuer Vorstand gewählt. Der neue geschäftsführende Vorstand besteht aus Hilde Mattheis (Baden-Württemberg), Knut Lambertin (Berlin), Diana Lehmann (Thüringen), Ulla Meurer (NRW), Ewald Schurer (Bayern) und Christoph Strässer als Schatzmeister (NRW). Das vollständige Vorstandstableau könnt ihr [hier](#) einsehen. Der neue Vorstand ist breit aufgestellt, um auf möglichst vielen Ebenen programmatischen Einfluss für starke linke Inhalte in der SPD nehmen zu können.

Mit solidarischen Grüßen

Hilde Mattheis, MdB
Vorsitzende Forum DL21
19.05.2015

**Hilde Mattheis, MdB, Vorsitzende
DL21**

DL21-Newsletter vom 02.06.2015

Vorratsdatenspeicherung

die Vorratsdatenspeicherung wird Thema auf dem Parteikonvent in zwei Wochen. Dies hat nun die Antragskommission der SPD beschlossen, nachdem über 100 Anträge verschiedener Gliederungen gegen die Vorratsdatenspeicherung eingereicht wurden. Das ist nicht „ein bisschen Gemecker“ der Basis, sondern eine klare Haltung. [Hier](#) findet ihr weitere Argumente. Als DL21 haben wir uns klar gegen die anlasslose Speicherung von Kommunikationsdaten ausgesprochen – und zwar egal ob nun mit 4 oder 10 Wochen Speicherfrist oder ob dieses Gesetz nur begrenzt zum Einsatz kommt. Ein bisschen Vorratsdatenspeicherung gibt es nicht, Vorratsdatenspeicherung ist und bleibt ein massiver Eingriff in die Bürgerrechte.

Erfreulich ist, dass sich am Wochenende der Parteirat der SPD Niedersachsen und der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Nord klar gegen die VDS positioniert haben. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass auch der Parteikonvent dem Instrument eine klare Absage erteilt. Die Delegierten werden auf dem Konvent darüber entscheiden.

TTIP

Vergangene Woche hat der Handelsausschuss des Europäischen Parlaments eine Resolution zu TTIP abgestimmt, die nun Anfang Juni im Plenum des Parlaments debattiert und abgestimmt wird. Dies wird das erste Mal sein, dass sich das 2014 gewählte Parlament offiziell zu den Freihandelsabkommen positioniert und somit der Europäischen Kommission Leitlinien für ihre Verhandlungen auf den Weg gibt. Aus Sicht von Bernd Lange, dem Vorsitzenden des Handelsausschusses hat die S&D-Fraktion hierbei einiges erreicht: So wurde bei der Liberalisierung von Dienstleistungen in den Freihandelsabkommen dem derzeit verfolgten Negativlistenansatz eine Absage erteilt und der Ausschuss spricht sich für ein verbindliches und sanktionsbehaftetes Nachhaltigkeitskapitel, inkl. der ILO-Kernarbeitsnormen aus. Enttäuschend ist, dass sich der Ausschuss wohl nicht klar gegen Investor-Staat-Schiedsverfahren ausspricht, auch wenn in der derzeitigen Kompromissfassung die nationalen Gerichtsbarkeiten betont werden und ein Handelsgerichtshof als mögliches zukünftiges System aufgeführt wird. Es bleibt hier zu hoffen, dass mittels Änderungsanträge im Plenum eine noch schärfere Ablehnung der umstrittenen Schiedsverfahren beschlossen wird. Weitere Informationen zu dem Beschluss des Ausschusses findet ihr [hier](#).

Europa anders machen

Am 20. Juni findet der Weltflüchtlingstag statt und es beginnt die internationale Woche der Solidarität mit Griechenland. Zu diesem Anlass ruft das Bündnis „Europa. Anders. Machen.“ zu einer Kundgebung und Demo am Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg auf. Das Bündnis will damit seinen Unmut über die derzeitige Flüchtlingspolitik und die Austeritätspolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union zeigen. „Europa. Anders. Machen.“ wurde von verschiedenen Gewerkschaften, NGOs und VertreterInnen von

SPD, LINKE und Grünen ins Leben gerufen. Den Aufruf zur Demo findet ihr [hier](#).

Arbeit 4.0

Unter dem Stichwort „Arbeit 4.0“ hat Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles einen Diskussionsprozess über zukünftige Formen der Arbeit in der digitalen Welt, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Arbeitsqualität angestoßen. Dazu hat ihr Ministerium ein sog. Grünbuch erstellt. Eine kurze Zusammenfassung dazu findet ihr [hier](#). Auf unserer Frühjahrstagung haben wir uns ebenfalls mit der Digitalisierung der Arbeitswelt und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auseinandergesetzt. Wir haben den Schwerpunkt gelegt auf die ArbeitnehmerInnen, die als sogenannte Crowd Worker im Netz ihre Arbeitskraft anbieten und die „Gesichtslosen“ in prekärer Beschäftigung sind.

Treffen Magdeburger Plattform

Am 12. und 13. Juni findet ein Treffen der sogenannten Magdeburger Plattform in Magdeburg statt. Zu Gast dabei ist u.a. Bundesjustizminister Heiko Maas. Das vollständige Programm und die Email für die Anmeldung findet ihr [hier](#).

Mit solidarischen Grüßen

02.06.2015

Hilde Mattheis MdB

Impressum

Herausgeber:

SBI, Sozialistische Bodensee-Internationale

Präsident: Reinhold Einwallner

E-Mail: reinhold.einwallner@spoe.at

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Karl-Heinz König, Dornerweg 45, D 88709 Meersburg
und

Tel.: 7532/313048

E-Mail: roterseehas@kabelbw.de

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

Evelyne Gebhardt, MdEP:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Frederik Wunderle:

info@evelyne-gebhardt.eu

Maria Noichl, MdEP:

maria.noichl@europarl.europa.eu

Constanze Krehl:

constanze.krehl@europarl.europa.eu

Vorarlbergs soziale Kraft:

laendle@spoe.at www.spoe.at

Guido Berlinger-Bolt, Pol. Sekretär:

berlinger-bolt@sp-sg.ch

Martin Pfister:

m-pfi@bluewin.ch

Wolfgang Schreier:

wmschreier@bluewin.ch

Presse LV BW:

Landesvertr.Presse@lvtkberlin.bwl.de

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma02@bundestag.de

Dagmar Neubert-Wirtz:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Südkurier Online:

<http://suedkurier-medienhaus.de/unsere-medien/online-portale/suedkurier-online>

Dieter Stauber:

dieter.stauber@online.de

Heiko Mangesius:

heiko.mangesius@yahoo.de

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Wolf99maci@aol.com

Martin Gerster, MdB:

martin.gerster@wk.bundestag.de

Waldemar Westermayer, MdB:

waldemar.westermayer@bundestag.de

Hilde Mattheis:

Hilde.Mattheis@bundestag.de

Winfried Kropp, Bürgerbüro

Hans-Peter Storz MdL:

wk@hans-peter-storz.de

Europa Aktuell

Jan Rößmann:

info@evelyne-gebhardt.eu

Fritsch Annette:

Annette.Fritsch@spoe.at

Peter Hartmann:

hartmann.forrer@bluewin.ch

Dani Wiedmer:

info@sp-ai.ch

Pressesprecher LVT BWL Berlin

nils.barg@lvtkberlin.bwl.de

Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Anja Möbus:

hilde.mattheis@bundestag.de

Sz-Online:

<http://www.schwaebische.de/>

Alex Geisler:

Alex.Geisler@gmx.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

Die Meinungsbeiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

Hase im Titelblatt: Hans-Peter Sieger

Logo Roter Seehas: © 2014 Hans-Peter Sieger

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen:

roterseehas@kabelbw.de

(Karl-Heinz König)